

Parteiprogramm der Partei

„Soziale Mitte“

die **Partei** für **Mittelschicht** und **soziale Gerechtigkeit**

Inhaltsverzeichnis

Präambel

Einleitung

Nichts ist so beständig wie der Wandel

Menschenbild der Partei „Soziale Mitte“

Die Ziele unserer Politik

Demokratische Prinzipien

Soziale Marktwirtschaft

Wirtschaftspolitik

Finanzpolitik

Sozialpolitik

Rentenversicherung

Krankenversicherung

Pflegeversicherung

Arbeitslosenversicherung

Bildungspolitik

Familienpolitik

Rechtspolitik

Innenpolitik

Europapolitik

Weltwirtschaftspolitik

Umweltschutzpolitik

Verteidigungspolitik

Präambel

Veranlaßt durch soziale Ungerechtigkeiten, wirtschafts-, finanz- und währungspolitische Fehlentwicklungen, die Sorge um die finanzielle Zukunft der Bundesrepublik Deutschland und den Vertrauensverlust in die gemeinwohlorientierte Handlungsfähigkeit der in den Parlamenten vertretenen Parteien,

gegründet auf die Leistungsbereitschaft der Bürger dieses Staates und die Lebenserfahrung der älteren Generation, die Identifikation mit dem deutschen Staat,

getragen vom Glauben an die Wandlungsfähigkeit und Erneuerung unseres staatlichen Gemeinwesens,

der Demokratie und dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verpflichtet und jeglichen Radikalismus, Rassismus und Nationalismus ablehnend,

gibt sich die **Partei „Soziale Mitte“** das nachfolgende Parteiprogramm:

Einleitung

In einer pluralistischen Gesellschaft wie der Bundesrepublik Deutschland gibt es eine Vielzahl an Meinungen und Interessen. In einer derart verfaßten Gesellschaft hat jeder einzelne die Möglichkeit, seine Ansichten und Meinung frei zu äußern, und falls es noch mehr Personen mit den gleichen Interessen gibt, sich zusammenzuschließen und für ihre Ziele einzusetzen. Die unterschiedlichen Interessen finden im politischen Leben ihren Ausdruck in einer vielfältigen Parteienlandschaft. Jede Partei versucht zwar zunächst, sofern sie eine möglichst große Zahl an Mitgliedern und Wählern gewinnen will, alle gesellschaftlichen Strömungen und Interessen zu bündeln und einen möglichst breiten und tragfähigen Konsens zu bilden. Dies ist jedoch nicht immer möglich, da einzelne Interessengruppen zwangsläufig versuchen, ihre Ziele in den Vordergrund zu drängen. Die sich dann daraus bildende Dominanz einzelner Interessen kann dann dazu führen, daß in allen Parteien eine vorherrschende Meinung mit einer bestimmten Zielrichtung entsteht, durch die andere Interessen oder Wählergruppen in den Hintergrund gedrängt werden.

Parteien müssen auf Wählerstimmen bedacht sein und sind daher regelmäßig geneigt, Wohltaten den Interessengruppen zukommen zu lassen, die ein größtmögliches Wählerpotential versprechen. Dadurch kann es nicht nur dazu kommen, daß wissenschaftliche Erkenntnisse objektiver und regierungs- und wirtschaftsunabhängiger Wissenschaftler nicht in die praktische Politik einfließen und die Sachgerechtigkeit in den Hintergrund tritt, sondern auch dazu, daß schwächere Bevölkerungsgruppen an den Rand gedrängt werden.

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein sozialer Rechtsstaat. Sozial bedeutet, daß jedem Bürger ein angemessenes Leben ermöglicht werden muß. Wenn jedoch das Soziale zu sehr in den Vordergrund tritt, dann kann das Sozialstaatsprinzip mit dem Rechtsstaatsprinzip kollidieren, weil Gerechtigkeitsdefizite auftreten können.

Ein typisches Beispiel dafür ist die Sozialpolitik und hier namentlich die Rentenpolitik. Die Rentner sind bisher in den einzelnen Parteien nicht besonders hervorgetreten und haben auch nicht auf ihre Interessen aufmerksam gemacht, so daß dieser Teil der Gesellschaft vielfach vernachlässigt worden ist.

Die deutsche Wiedervereinigung und die Rückkehr einer großen Anzahl Deutscher aus dem Osten sind erfreuliche und begrüßenswerte Tatsachen. Dadurch bedingt sind jedoch nicht nur junge und arbeitswillige Menschen in die Bundesrepublik Deutschland gekommen, sondern auch Menschen, die nicht arbeiten können und bereits aus dem Arbeitsleben ausgeschieden sind. Dank unseres ausgeprägten Sozialstaates werden all diese Menschen aufgefangen, so daß sie ein auskömmliches und menschenwürdiges Leben führen können. Diese sozialen Elemente bedürfen einer finanziellen Grundlage, die auch nach dem Prinzip der Gerechtigkeit ausgerichtet sein muß.

Unser staatliches Sozialversicherungswesen baut im Gegensatz zu dem privatwirtschaftlichen Versicherungswesen auf dem Sozialstaatsprinzip auf, d. h., dass der Starke für den Schwachen eintreten soll. Dieses Prinzip ist richtig und hat sich bewährt. Gleichwohl kollidiert ein staatliches Versicherungswesen mit den Prinzipien des Rechtsstaates, wenn Sozialstaatsversicherungsnehmer, die viele Jahre oder ihr gesamtes Berufsleben in die soziale Rentenversicherung angezahlt haben, diese erwirtschafteten Einnahmen der Rentenversicherung mit Bürgern teilen müssen, die gewollt oder ungewollt nicht in die Sozialversicherung eingezahlt haben. Versicherungsleistungen kann nur derjenige beziehen und zwar nur in der Höhe, die seinen Einzahlungen entspricht. Versicherungsnehmer dürfen nur die sein, die auch eingezahlt haben.

Bürger der Bundesrepublik Deutschland, die nicht oder nur unzureichend durch die sozialstaatliche Rentenversicherung abgesichert sind, müssen über besondere gesetzliche Maßnahmen in angemessener Höhe abgesichert werden, die von allen Bürgern zu tragen sind und nicht nur von einer kleinen Zwangsversicherungsgemeinschaft. Die einseitige Belastung der Bevölkerungsgruppe der Zwangsversicherten mit diesen versicherungsfremden Leistungen führt zu nicht hinnehmbaren Gerechtigkeitsdefiziten.

Die dadurch in den Sozialstaatskassen auftretenden Finanzierungslücken werden regelmäßig durch Steuerzuschüsse aus dem laufenden Haushalt gedeckt. Zur Finanzierung dieser Steuerzuschüsse wird – in Gerechtigkeitswidrigerweise –

insbesondere der Durchschnittseinkommensbezieher, d. h. der einkommensmäßige Mittelstand, herangezogen (Mittelstandsbauch).

Die Abwicklung dieser und anderer nicht mit der Sozialversicherung der Rentner im unmittelbaren Zusammenhang stehenden Leistungen darf nicht über das System der Rentenversicherung erfolgen, sondern bedarf einer speziellen Versorgungsgesetzgebung, damit nicht die die Rentenversicherung tragenden Bürger alleinig belastet werden.

Es hat sich nämlich herausgestellt, daß sich das Rentenniveau besonders in Westdeutschland aufgrund der unterschiedlichen Erwerbsbiographien nachteilig entwickelt hat.

Der Gesetzgeber hat zwar in den letzten Jahren die Rentenversicherungssysteme bezuschußt, gleichwohl reichen diese Zuschüsse aber nicht aus, um das staatliche Rentenversicherungssystem zu stabilisieren. Die Folge sind massive Einschnitte in das Versorgungsniveau der Rentnerinnen und Rentner, die in den nächsten Jahren und Jahrzehnten noch dramatischer werden, so daß sich eine Welle der Altersarmut abzeichnet, die dazu führen könnte, daß unser gesamtes sozialstaatliches Gebilde zusammenbricht und die freiheitlich-demokratische Grundordnung in Gefahr gerät.

Die bisher die Politik tragenden Parteien haben dieses Problem zwar erkannt, schrecken aber aus wahltaktischen Gründen davor zurück, eine Politik zu realisieren, die dem Gemeinwohl - auch in der Zukunft - verpflichtet ist.

Daher ist es nur folgerichtig, daß sich der Mittelstand und die Rentnerinnen und Rentner zusammengeschlossen haben und aktiv geworden sind, um die Politik dahingehend mitzugestalten, daß eine Sozialpolitik gemacht wird, die nicht nur für vier Jahre Gültigkeit hat, sondern auch den Blick in die fernere Zukunft richtet, damit zukünftige Generationen nicht wieder für die Fehler in der Vergangenheit büßen müssen.

Mit dem Begriff Sozialpolitik geht unmittelbar der Begriff Finanzierbarkeit einher. Die Frage der Finanzierbarkeit selbst kann wiederum nur im Zusammenhang mit allen anderen Politikfeldern betrachtet werden, da Politik zwangsläufig immer mit Kosten verbunden ist.

Aus diesem Grunde will und muß die Partei „Soziale Mitte“ auf allen politischen Ebenen und in allen Bereichen der Politik konstruktiv-kritisch mitarbeiten.

Nichts ist so beständig wie der Wandel

Demokratie ist kein feststehender Zustand, sondern ein streitiger Prozeß, der einem ständigen Wandel unterliegt.

Politik kann auch beschrieben werden als die Gestaltung und fortwährende Anpassung des Zusammenlebens der Menschen innerhalb einer menschlichen Gemeinschaft.

Dieser Gestaltungsprozeß sollte gemäß unserer Verfassung, dem Grundgesetz, seinen Ursprung im Volke (vom Souverän ausgehend) haben und in die politische Willensbildung einfließen. Dabei kommt den Parteien keine vorrangige Bedeutung zu, da sie an der politischen Willensbildung des Volkes mitarbeiten sollen. Die in den Parlamenten vertretenen Parteien haben sich mittlerweile jedoch insoweit verselbständigt und von der ursprünglichen Willensbildung durch das Volk gelöst und die Gesetzgebung derart gestaltet, als das sie nunmehr ein quasi Monopol haben und das Volk nur noch die Möglichkeit hat, bei Wahlen zwischen den Parteien zu wählen. Einen unmittelbaren Einfluß auf die Gestaltung der Politik hat der Wähler nicht mehr, da die Meinungsbildung in den Parteien von einigen wenigen dominiert wird.

Durch diese Gestaltungsart der Politik, die sicherlich nicht weit entfernt von einer Gutsherrenartmentalität ist, hat das Leben und Wirken der Bürger in der Bundesrepublik Deutschland Veränderungen erfahren, die mit unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung nicht mehr zu vereinbaren sind. Der Bürger hat nicht nur keinen Einfluß mehr auf die Form der politischen Willensbildung, sondern auch und insbesondere auf die politischen Inhalte selbst.

Somit kam es in den letzten Jahren zu politischen Entscheidungen durch vorherrschende Politiker, die der Bürger nicht mehr mitträgt mit der Folge, daß die Politikverdrossenheit und die Politikerverdrossenheit stetig steigt.

Es hat sich gezeigt, daß die Zeit für eine Umkehrung dieses Prozesses mehr als reif ist. Wir sind an einem Punkt angekommen, der in der Gesellschaft zu Veränderungen führen könnte, die bei Fortentwicklung nicht mehr beherrschbar sind. Ursache sind auch gravierende politische Fehlentscheidungen seit 1982 mit Beginn der schwarz-gelben Koalition.

Auch der politische Willensbildungsprozeß selbst unterliegt Veränderungen. Daher müssen nunmehr die Bürger selbst die politische Willensbildung in die Hand nehmen, damit ihrer Interessen wieder in die praktische Politik einfließen können.

Zu diesem Zweck haben sich friedliche und demokratisch gesinnte Bürgerinnen und Bürger in einer Partei, der Partei „Soziale Mitte“, zusammengeschlossen, um in den Parlamenten Einfluß auf die Gestaltung der Politik nehmen zu können, und zwar nicht nur im Bereich der Sozialpolitik, dem Anlaß für die Gründung der Partei „Soziale Mitte“, sondern in allen politischen Bereichen.

Der Bürger kann den Begriff Reform nicht mehr hören. Was haben die Reformen dem Bürger gebracht?

Die Reformen, die in der Zeit der rot-grünen Koalition von 1998 beschlossen worden sind, haben unsere Gesellschaft gespalten. Arme sind ärmer und Reiche sind reicher geworden. Der deutsche Mittelstand war einmal Träger unseres demokratischen Gemeinwesens. Die Gruppe der Arbeitnehmer, angefangen vom Facharbeiter bis zum Akademiker, ist zunehmend in Verunsicherung geraten. Arbeitsplätze wurden abgebaut oder verlagert, Löhne und Gehälter gekürzt und die Belastungen durch Steuern, Gebühren und allgemeine Kosten angehoben. Nach der Agenda 2010 wird

nunmehr bereits eine Agenda 2020 gefordert. Das bedeutet eine Vertiefung der Spaltung der Gesellschaft und weitere Kürzungen in allen Bereichen bei steigenden Kosten.

Für den Bürger kommt dabei keine Verbesserung seiner Situation, sondern eine Verschlechterung heraus; daher verbindet der Bürger mit dem Begriff Reform eine Verschlechterung seiner persönlichen Lage.

Reform bedeutet jedoch im ursprünglichen Sinn des Wortes ein Zurück zu den früheren ordnungsgemäßen Verhältnissen; eine Wiederherstellung des alten Zustandes, der durch vielerlei Faktoren im Laufe der Zeit geändert worden ist. In diesem Sinne versteht die Partei „Soziale Mitte“ den Begriff Reformen. Durch die Wiederherstellung des früheren Zustandes muß eine Verbesserung der persönlichen Lage des Bürgers eintreten, und nicht, wie jetzt gefordert, eine weitere Verschlechterung.

Für die Durchsetzung dieser Veränderungen wird sich die Partei „Soziale Mitte“ einsetzen, um dem Bürger wieder mehr Sicherheit in einer sich schnell wandelnden Zeit zu geben. Nur emotionale und wirtschaftliche Sicherheit gibt dem Bürger die Möglichkeit, seine Fähigkeiten auszubauen und zu entfalten und als Mitglied einer sich ständig ändernden Gesellschaft zum Wohle der Gemeinschaft einzusetzen. Unsicherheit und Mutlosigkeit führen zu einer Form der Ohnmacht, die nicht nur zu Erkrankungen führen kann, sondern auch zu einem Verhalten, daß der deutschen Gesellschaft insgesamt schadet.

Die Partei „Soziale Mitte“ wird sich für eine „lernende Politik“ einsetzen, die den Wandel in der Gesellschaft alleinig anhand der objektiven und wissenschaftlichen Erkenntnisse neutraler und nicht an Partei-, Verbands- und Wirtschaftsinteressen orientierten Wissenschaftler ohne ideologische Einseitigkeit orientieren wird.

Menschenbild der Partei „Soziale Mitte“

Die Partei „Soziale Mitte“ ist eine Volkspartei der Mittelschicht, die sich allen demokratisch gesinnten gesellschaftlichen Gruppen verpflichtet fühlt. Unsere Politik orientiert sich an den Werten einer humanistisch christlich-abendländischen Kultur. Unser Handeln richten wir darauf aus, das Glück und das Wohlergehen des einzelnen Menschen und der Gesellschaft als höchste Werte zu fördern.

Schon am Anfang unserer Verfassung kommt zum Ausdruck, dass die Würde des Menschen, seine Persönlichkeit und sein Leben respektiert werden müssen. Der Mensch muß seine schöpferischen Kräfte frei entfalten können. Er hat die Fähigkeit, sich zu bilden und weiter zu entwickeln, um so seinen Fähigkeiten entsprechend einen Teilbeitrag zu einer humanistischen Gesellschaft zu liefern, in der jeder einzelne Mensch in Würde und Freiheit leben kann.

Dazu gehören Güte, Freundlichkeit, Menschlichkeit und die Akzeptanz der Schwächen des Menschen.

Diese Bild vom Menschen gibt uns die ethische Grundlage für eine verantwortungsbewußte Politik. Es ist Leitbild für die Entwicklung und Ausgestaltung einer freiheitlichen, liberalen, sozialen und menschlichen Politik für alle Menschen unabhängig vom Geschlecht, der Rasse, der Hautfarbe, der ethnischen oder sozialen Herkunft, der genetischen Merkmale, der Sprache, der Religion oder der Weltanschauung, der politischen oder sonstigen Anschauung, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, des Vermögens, der Geburt, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung im Sinne der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (2000/C 364/01).

Es ist besondere Selbstverpflichtung der Partei „Soziale Mitte“, sich für Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit einzutreten.

Der Mensch ist frei geschaffen. Als sittliches Wesen ist er mit Vernunft und Verantwortungsbewußtsein ausgestattet. Freiheit ist jedoch nicht grenzenlos; sie endet an der Freiheitsgrenze der Mitmenschen. Den Freiheitsraum, den der einzelne für sich selbst fordert, muß er auch anderen Menschen zugestehen (im Sinne des kategorischen Imperativs von Kant). Freiheit gibt es nur mit Verantwortung. Die Partei „Soziale Mitte“ hat es sich zur Aufgabe gemacht, den Menschen den für ein selbstbestimmtes Leben erforderlichen Freiheitsraum und ein gerechtes Einkommen sowie eine angemessene Altersversorgung zu sichern, aber auch für die notwendigen Ziele der Gesellschaft in die Pflicht zu nehmen.

Soziale Gerechtigkeit kann nur in Freiheit Verwirklichung erfahren. Aufgabe der Politik ist es, Leistung und Eigentum zu achten und zu schützen. Die materiellen Grundlagen der Freiheit müssen gesichert werden.

Kernpunkt der materiellen Grundlagen ist eine der Ausbildung und dem während des aktiven Lebens in der Gesellschaft gezeigten Engagements adäquate finanzielle Absicherung sowohl im Berufsleben als auch nach dem Eintritt in den Ruhestand.

Solidarität ist ein wesentliches Kernelement der menschlichen Gemeinschaft. Eine unsolidarische Gesellschaft zerstört ihre Wurzeln. Ziel der Partei „Soziale Mitte“ ist es, ein menschenwürdiges Leben für alle zu ermöglichen. Solidarität ist den Menschen gegenüber zu gewähren, die noch nicht, nicht mehr oder dauerhaft nicht selbst die Grundlagen für ein freies Leben schaffen können.

Jedem Menschen ist einerseits der Anspruch auf Solidarität zuzugestehen, er hat aber auch andererseits die Pflicht, mit seiner Arbeit und Leistung dazu beizutragen, dass die Gemeinschaft für den einzelnen eintreten kann. Solidarität beginnt schon in der Familie und setzt sich über Freundeskreise, Nachbarschaften und Interessengemeinschaft hinaus bis zum Staat als Ganzes fort.

Unser gesamtes Sozialwesen beruht auf dem Prinzip der Solidarität. Danach sichert die Gemeinschaft Risiken für den einzelnen oder größere Gruppen ab, die diese aus eigener Kraft nicht bewältigen können. Die Inanspruchnahme von Solidarität ist nicht einseitig, sondern ein wechselseitiger Prozeß. Derjenige, der Solidarität in Anspruch nimmt, hat auch Pflichten gegenüber der Gemeinschaft.

Solidarität muß sowohl horizontal als auch vertikal ausgeübt werden. Somit besteht Solidarität auch zwischen den Generationen. Es muß eine größtmögliche Generationengerechtigkeit erzielt werden. Die Leistungsfähigen in der Gesellschaft müssen für die zukünftige Generation, aber auch für die ältere Generation einstehen.

Gerechtigkeit innerhalb einer Gemeinschaft setzt die Gleichheit aller Menschen voraus. Die Würde des Menschen verwirklicht sich durch die Gleichheit. Gleichheit bedeutet, Gleiches nicht willkürlich ungleich und Ungleiches nicht willkürlich gleich zu behandeln. Das Recht und das Prinzip der Gerechtigkeit haben jeden Menschen vor Willkür und Machtmißbrauch zu schützen. Jeder Bürger muß die Möglichkeit haben, sich in einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft so zu entfalten, wie es seinen angeborenen Fähigkeiten, seinen erworbenen Kenntnissen und seiner Lebensphilosophie entspricht.

Der Staat muß, um das Gemeinwesen zu erhalten und zu fördern, jedem Menschen gleiche Startchancen bieten. Er muß die Möglichkeit haben, sich so weit zu bilden und zu entwickeln, wie es seinen Fähigkeiten entspricht, um in der Arbeitswelt für sich und die Gemeinschaft Erfolge erzielen zu können.

Für die Gemeinschaft notwendige Lasten müssen unter Berücksichtigung des Prinzips der Solidarität aufgeteilt werden. Die Aufteilung der Lasten muß jedoch unter Beachtung des Gerechtigkeitsprinzips aufgeteilt werden, so daß der Stärkere einen größeren Beitrag für die Gemeinschaft leistet als der Schwächere.

Die Ziele unserer Politik

Die Partei „Soziale Mitte“ wird sich dafür einsetzen, jedem Menschen ein Höchstmaß an Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität zukommen zu lassen, damit er ein selbstbestimmtes und unabhängiges Leben in einer am Gemeinwohl orientierten Gesellschaft mit auf allen politischen Ebenen verwirklichten urdemokratischen Prinzipien führen kann.

Eine lebendige, offene und freie Gesellschaft befindet sich immer in einem dynamischen Prozeß, der vielfältige Veränderungen mit sich bringt. Diese Veränderungen, die je nach Anschauung und Lebensauffassung sowohl positiv als auch negativ sein können, müssen von der gesamten der Gemeinschaft getragen werden. Dazu ist es aber erforderlich, jeden einzelnen Bürger, der sich beteiligen möchte, aktiv in die Veränderungsprozesse einzubinden. Veränderungsprozesse können von den Bürgern nur dann mitgestaltet und als Ergebnis getragen werden, wenn sie zuvor die Möglichkeit hatten, darauf Einfluß zu nehmen.

Viele Veränderungen, die in den letzten Jahren auf den Bürger zugekommen sind, kann dieser nicht mehr nachvollziehen. Die kaum vorhandene Einflußmöglichkeit auf die Gestaltung dieser Veränderungen hat zu einer Verdrossenheit über die Politik geführt, die letztendlich der Gesamtheit großen Schaden zufügen könnte.

Die Partei „Soziale Mitte“ wird sich dafür einsetzen, daß der Bürger und sein Wohlergehen wieder in den Mittelpunkt einer zukunftsorientierten Politik gerückt wird, die dem jedem einzelnen Bürger eine verlässliche Lebensplanung ermöglicht. Politische Entscheidungen von heute müssen inhaltlich so gestaltet werden, daß ihre Auswirkungen auch in der nächsten Generation noch positive Wirkungen entfalten.

Demokratische Prinzipien

Unsere repräsentative Demokratie hat dazu geführt, daß bedingt durch die Einschränkung der Einflußnahme der Bürger auf die Gestaltung der Politik und aufgrund der nahezu völligen Verkehrung des freien Mandats, d. h. der Unterordnung unter den Fraktionszwang, nur noch einige wenige Personen an der Parteispitze die Politik bestimmen. Das Volk, der Souverän, von dem alle Macht ausgehen sollte, ist zur turnusmäßigen Stimmabgabe degradiert.

Danach besteht für den Bürger keine politische Einflußnahme- und Gestaltungsmöglichkeit mehr. Im Extremfall kann sogar die nachfolgende praktische Umsetzung der Politik von der die Wahl beeinflussten Aussagen der Parteien vollständig abweichen.

Durch die bisher in den Parlamenten vertretenen Parteien ist der politische Willensbildungsprozeß derart kanalisiert und eingeschränkt worden, daß parteilose Bürger nicht mehr die Möglichkeit haben, darauf Einfluß zu nehmen. Der Bürger ist willens, fähig und in der Lage, auch belastende Veränderungen zu akzeptieren, wenn er denn zuvor die Möglichkeit gehabt hätte, auf die Gestaltung der Politik Einfluß nehmen zu können.

Daher wird sich die Partei „Soziale Mitte“ dafür einsetzen, den politischen Willensbildungsprozeß wieder im Sinne des Grundgesetzes so zu gestalten, daß die Bürger die Möglichkeit haben, so unmittelbar wie nur eben möglich, auf die Gestaltung der praktischen Politik Einfluß nehmen zu können.

Dazu ist es erforderlich, daß Volksbegehren und Volksentscheide als erste und tragende Kernelemente in unserer Verfassung und auch in den Bundesländern verankert werden.

Unser Bild vom Menschen, der eines verantwortungs-, pflichtbewußten und mündigen Bürgers, gibt uns die Chance, uns für diese urdemokratischen Prinzipien einzusetzen. Wir sind davon überzeugt, daß der Bürger die damit verbundenen Belastungen durch häufigere Abstimmungen und Entscheidungen gerne akzeptieren wird. Die Partei „Soziale Mitte“ ist auch davon überzeugt, daß sich der Bürger bei einer Stärkung seiner Einflußmöglichkeiten auf die praktische Politik mit der damit einhergehenden Verantwortung und Verpflichtung, sich nicht von kurzsichtigen und zeitlichen Strömungen oder populistischen Einzelinteressen beeinflussen zu lassen, bewußt ist.

Ein derartiger Gestaltungsprozeß wird sich positiv auf den Zusammenhalt der Gemeinschaft auswirken.

Der Bürger wird sich wieder mehr mit der Politik und deren Ergebnissen identifizieren.

Erschreckend ist, daß in den letzten Jahren die Politik- und Politikerverdrossenheit und insbesondere die Akzeptanz der Demokratie und der soziale Marktwirtschaft deutlich abgenommen hat. Immer mehr Bürger sind davon überzeugt, daß die Demokratie und die soziale Marktwirtschaft die Probleme der Bundesrepublik Deutschland nicht lösen können.

Die Partei „Soziale Mitte“ vertraut auf diese bewährten Prinzipien. Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger schwindet deshalb immer mehr, weil die bisher in den Parlamenten vertretenen Parteien unsere Demokratie zu einer Diktatur der Parteikartelle umgebaut haben und somit der Bürger zu einer turnusmäßigen Wahlmaschine degradiert worden ist. Innerhalb dieser Parteikartelle haben die Parteispitzen auch die von Ludwig Erhard entwickelte soziale Marktwirtschaft so gestaltet, daß ihre Führungsspitzen die Möglichkeit haben, nach dem Ausscheiden aus der aktiven Politik in gut dotierte Funktionen in den von ihnen zugelassenen Wirtschaftskartellen eine neue und einträgliche Wirkungsstätte zu finden.

Die Partei „Soziale Mitte“ hat es sich zur Aufgabe gemacht, unsere Demokratie derart zu reformieren, im Sinne eines Zurück, daß dem Willen des Bürgers ein Höchstmaß an Entscheidungsmöglichkeit – auch außerhalb einer Parteimitgliedschaft – zukommen kann.

Nur durch eine wirkliche und tatsächliche Stärkung bürgernaher demokratischer Elemente ist unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung mit einer Stärkung der individuellen Freiheit des einzelnen Bürgers aufrechtzuerhalten.

Die Ausgrenzung der Bürgerinnen und Bürger durch die bisher in den Parlamenten vertretenen Parteien muß ein Ende haben.

Das Recht der Abgeordneten und die Frage ihrer Bezahlung muß über eine Volksabstimmung geregelt werden (Abgeordnete sind Angestellte des Souveräns). Bezahlung der Abgeordneten in Form einer Entschädigung; keine einheitlichen Diäten. Ein Abgeordneter erhält netto den Verdienst, den er in seinem Hauptberuf verdient hat. Zur Vermeidung von Extremfällen ist eine Begrenzung nach unten und oben in einem angemessenen Rahmen einzuführen. Durch eine solche Vergütungsregelung könnten dann auch Bürger in die Parlamente kommen, die sich nach heutigem Modell bei der Übernahme eines Mandats finanziell schlechter stehen würden.

Die Partei „Soziale Mitte“ ist der Auffassung, daß das Abgeordnetenmandat eine derartige zeitliche Beanspruchung mit sich bringt, daß dieser Personenkreis keine Nebentätigkeiten außerhalb des Parlaments ausüben kann. Dies ist auch – wie die Erfahrung zeigt – zwingend erforderlich, um die Neutralität und Unabhängigkeit des Abgeordneten zu gewährleisten. Kein Mensch ist in der Lage, zwei Herren zu dienen. Dazu gehören auch klare und eindeutige Regelungen zur Bekämpfung der Korruption im Bereich der Abgeordneten. Die Partei „Soziale Mitte“ wird sich dafür einsetzen, daß das deutsche Strafrecht in diesem Punkt den einschlägigen UN-Antikorruptionsregelungen angepaßt wird, die Deutschland – im Gegensatz zu vielen anderen EU-Staaten - noch nicht unterzeichnet hat.

Zur Gewährleistung der Neutralität des Parlaments und zur Durchsetzung einer tatsächlichen Unabhängigkeit des Abgeordneten wird sich die Partei „Soziale Mitte“ auch dafür einsetzen, daß sowohl das Recht der Parteienfinanzierung den vom

Bundesverfassungsgericht entwickelten Grundsätzen angepaßt wird als auch der Abgeordnete eine Stellung erhält, die ihm das vom Grundgesetz zuerkannte freie Mandat auch wirklich freie Entscheidungen in allen politischen Fragen – auch und insbesondere unabhängig von parteiinternen Weisungen – ermöglicht. Dazu ist es auch erforderlich, daß der Fraktionszwang abgeschafft wird und in den Parlamenten ausschließlich geheime Abstimmungen durchgeführt werden.

Schädlich für eine Demokratie ist eine Parteikarriere, die während der Schulausbildung beginnt und über das Studium hinaus, sofern es überhaupt abgeschlossen wird, gleich in das Parlament führt.

Verantwortung für ein ganzes Volk kann nur eine gereifte Persönlichkeit mit abgeschlossener Berufsausbildung übernehmen, die sich in ihrem Beruf bewährt hat. Daher sollte das passive Wahlrecht für alle Parlamente auf 45 Jahre angehoben und auf maximal zwei Legislaturperioden begrenzt werden, um einer zu starken Verflechtung mit Interessengruppen (Lobbyismus) vorzubeugen.

Soziale Marktwirtschaft

Ausgehend von unserem Menschenbild muß die Wirtschaft dem Menschen dienen. Der Mensch ist das Maß aller Dinge und nicht politische oder wirtschaftliche Ideologien, die den Menschen zum Objekt der Wirtschaft werden lassen.

Daß Deutschland trotz seiner Vergangenheit in wenigen Jahren aufgrund harter Arbeit der Kriegs- und Nachkriegsgeneration wieder zu einer leistungsfähigen Volkswirtschaft werden konnte, haben wir dem von Ludwig Erhard eingeführten Prinzip der sozialen Marktwirtschaft zu verdanken.

Die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft beruhen zwar auf einem freien Waren- und Kapitalverkehr, jedoch mit einer deutlichen sozialen Komponente. Erhard hatte auch erkannt, daß von der Bildung von Kartellen eine Gefahr für eine effiziente Marktwirtschaft ausgeht, die letztendlich dazu führen könnte, daß der Verbraucher ein übersteuertes Angebot vorfinden könnte, und setzte daher ein absolutes Kartellverbot durch. Nur aufgrund einer Vielzahl von Anbietern, die sich am Markt behaupten müssen, kommt es zu innovativen Fortentwicklungen in allen Bereichen und zu bezahlbaren Angeboten.

Von dem Prinzip der sozialen Marktwirtschaft haben sich alle bisher in den Parlamenten vertretenen Parteien seit nunmehr über 30 Jahren entfernt.

Die Partei „Soziale Mitte“ wird sich dafür einsetzen, daß das von Ludwig Erhard eingeführte Konzept der „Sozialen Marktwirtschaft“ wieder zur vollen Anwendung kommt.

Der Begriff soziale Marktwirtschaft hat heute Allgemeingültigkeit erlangt. Eine Wirtschaftspolitik darf sich aber nur dann sozial nennen, wenn sie den wirtschaftlichen Fortschritt, die höhere Leistungsergiebigkeit und die steigende Produktivität dem Verbraucher schlechthin zugute kommen läßt. Das vorzüglichste Mittel, dieses Ziel innerhalb einer freien Gesellschaftsordnung zu erreichen, ist und bleibt der Wettbewerb; er ist der tragende Pfeiler dieses Systems.

Die soziale Marktwirtschaft verpflichtet jede Regierung, die sich dem Wohle des ganzen Volkes und insbesondere seiner Bürger verpflichtet fühlt, mithin, den Kartellbestrebungen wie überhaupt allen auf Einschränkung des Wettbewerbs hinzielenden Bestrebungen in den verschiedensten Schattierungen die ganze Aufmerksamkeit zu widmen und den Kampf anzusagen.

Das erfolgversprechendste Mittel zur Erreichung und Sicherung jeden Wohlstandes ist der Wettbewerb. Er allein führt dazu, wirtschaftlichen Fortschritt allen Menschen, im besonderen in ihrer Funktion als Verbraucher, zugute kommen zu lassen, und alle Vorteile, die nicht unmittelbar aus höherer Leistung resultieren, zur Auflösung zu bringen.

Auf dem Wege über den Wettbewerb wird – im besten Sinne des Wortes – eine Sozialisierung des Fortschritts und des Gewinns bewirkt und dazu noch das persönliche Leistungstreben wachgehalten. Immanenter Bestandteil der Überzeugung, auf solcher Art den Wohlstand am besten mehren zu können, ist das Verlangen, allen arbeitenden Menschen nach Maßgabe der fortschreitenden Produktivität auch einen ständig wachsenden Lohn zukommen zu lassen. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wichtige Voraussetzungen erfüllt werden.

Ein auf Verbot gegründetes Kartellgesetz ist das unentbehrlichste „wirtschaftliche Grundgesetz“ einer gerechten Wirtschaftsordnung.

Versagt der Staat auf diesem Felde, dann ist es auch bald um die „Soziale Marktwirtschaft“ geschehen. Dieses Prinzip zwingt dazu, keinem Staatsbürger die Macht einzuräumen, die individuelle Freiheit unterdrücken oder sie namens einer falsch verstandenen Freiheit einschränken zu dürfen. „Wohlstand für alle“ und „Wohlstand durch Wettbewerb“ gehören untrennbar zusammen; das erste Postulat kennzeichnet das Ziel, das zweite den Weg, der zu diesem Ziel führt.

Diese Regeln zeigen bereits den fundamentalen Unterschied zwischen der sozialen Marktwirtschaft und der liberalistischen Wirtschaft in der heutigen Ausprägung als Neoliberalismus, Raubtierkapitalismus, dem Glauben an die Selbstregulierungskräfte des Marktes in eine freien und keinen Regeln unterworfenen Waren- und Kapitalverkehr sowie einem Europa, in dem jeder Bürger in jedem anderen Lande freie und gleiche Betätigungsmöglichkeiten findet, ohne auf die sozialen Standards des Gastlandes Rücksicht nehmen zu müssen (EU-Dienstleistungsrichtlinie), auf.

Notwender Bestandteil der sozialen Marktwirtschaft ist auch die „gerechte“ Verteilung des Sozialprodukts, die nicht dazu führen darf, daß andere Interessen, ja ganze Volksteile sich auf Kosten anderer Vorteile verschaffen zu wollen.

Ein derartiges Verhalten gefährdet in illusionistischer Verblendung zuletzt sogar die Grundlagen unseres Fortschritts. Auch hier ist vor allem die Bejahung des Wettbewerbs geeignet, dem Egoismus einen Riegel vorzuschieben. So wie es in einer gesunden Wettbewerbswirtschaft dem einzelnen nicht erlaubt ist, Sondervorteile für sich zu beanspruchen, so ist diese Art der Bereicherung auch ganzen Gruppen zu versagen.

Die vergangenen 30 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland haben gezeigt, daß sowohl die Politik als auch wirtschaftlich übermächtige Kapitalinteressen durch Einflußnahme auf die Politik restriktive gesetzgeberische Maßnahmen erforderlich machen, da große Teile unseres Volkes nicht bereitwillig den verderblichen Versuch aufgeben, sich auf Kosten der Allgemeinheit eigene Vorteile erzwingen zu wollen.

Die Partei „Soziale Mitte“ will einen „Nachtwächterstaat“ verhindern. Sie will so viel Freiheit wie möglich, jedoch so viel Regulierung wie nötig, um die Kräfte des Marktes zum Wohle aller Bürger zu entwickeln.

Der Unternehmer hat die Verantwortung für seinen Betrieb; dort kann er mit Fug und Recht fordern, daß sein Handeln von staatlicher Weisung und Gängelung frei bleibt, daß er also echte unternehmerische Freiheit und Freizügigkeit genießt und üben darf. Die Verantwortung für die Wirtschaftspolitik aber hat allein der Staat zu tragen.

Ziel einer Wirtschaftspolitik der Partei „Soziale Mitte“ wird es nicht sein, die orthodoxen Spielregeln einer Marktwirtschaft, nach denen nur Angebot und Nachfrage den Preis bestimmen, und der Wirtschaftspolitiker sich darum jeder Einmischung auf die Preise zu enthalten habe, vorbehaltlos zu akzeptieren. Die Partei „Soziale Mitte“ vertritt die Auffassung, daß ein moderner und verantwortungsbewußter Staat es sich einfach nicht leisten kann, noch einmal in die Rolle des Nachwächters zurückversetzt zu werden. Diese falsch verstandene Freiheit ist es ja gerade gewesen, die die Freiheit sowie eine segensreiche freiheitliche Ordnung zu Grabe gebracht hat.

Erst auf dem Boden einer gesunden Wirtschaft kann die Gesellschaft ihre eigentlichen und letzten Ziele zum Wohle der Allgemeinheit erfüllen.

Der Wirtschaft die geistige, die seelische und die materielle Ausrichtung zu geben, das ist zuletzt Sache der Politik, Angelegenheit der Gesellschaft.

Es ist nicht Aufgabe des Staates, unmittelbar in die Wirtschaft einzugreifen; jedenfalls nicht so lange, als die Wirtschaft selbst diesen Eingriff nicht herausfordert.

Das Interesse der Unternehmer an der Wirtschaftspolitik ist zwar gewiß legitim und folglich auch ihr Anliegen auf Anhörung, aber sie haben nicht selbst und auch nicht in ihren Organen Wirtschaftspolitik zu betreiben.

Die verschiedenen Versuche von seiten der Gruppen, auf die Meinungsbildung der Parlamente und der Regierung Einfluß zu nehmen, haben schlechterdings ein Ausmaß angenommen, daß die Wirtschaft insgesamt schädigt. Das ist nicht nur in Deutschland, sondern in aller Welt so. Es ist aber hohe Zeit, einzusehen, daß es sich bei diesem Problem um echte Krankheitserscheinungen oder zumindest um einen Krisenherd unsere Zeit handelt.

Pflicht einer am Gemeinwohl orientierten Wirtschaftspolitik ist es, alles zurückzuweisen, was auch nur entfernt nach Schutz oder Begünstigung von irgendwelchen Gruppen aussieht.

Es ist gerade in jüngster Vergangenheit eine verdächtige und verderbliche Neigung wahrzunehmen, vornehmlich in Gruppenkategorien zu denken und für solche besondere Begünstigungen herauszuholen. Das ist das Übel (Lobbyismus), das wir beseitigen wollen.

Die Ablehnung des Lobbyismus beruht auf unserer festen Überzeugung, daß es unter wirtschafts- und auch staatspolitischen Gesichtspunkten für den Staat schlechterdings nicht möglich ist, nach einem punktierten Vorgehen da und dort etwas mehr oder etwas weniger an Gaben und Gnaden auszuteilen. Bei einem derartigen Verfahren kommen der Staat und insbesondere die Wirtschaftspolitik in eine fast unhaltbare Situation. Denn wo sind die Maßstäbe, nach denen jemand sagen könnte: Dieser und nicht jener Zweig, diese Gruppe oder dieser Berufsstand soll vom Staat nach dieser Richtung hin bevorzugt werden, andere aber sollen oder müssen aus – ja, aus welchen Gründen eigentlich! – dagegen zurückstehen.

Im Rahmen einer offenen Selbstkritik muß aber auch der Neidkomplex, von dem gerade wir Deutschen nicht freizusprechen sind, angesprochen werden, da er hier eine erhebliche Rolle spielt.

Der Vorteil, der dem einen gewährt wird, läßt den Nachbarn nicht mehr ruhig schlafen. Hierbei muß auch berücksichtigt werden, welche bedeutende Rolle die Funktionäre in unserem gesellschaftlichen Leben spielen. Der „Erfolg“ einer bestimmten Gruppe wird sehr schnell die Mitglieder einer anderen Gruppe veranlassen, ihren Funktionär, ihren Sprecher oder ihren Geschäftsführer zu ähnlichen „Leistungen“ anzustacheln. Gerade das aber führt zu einer Atomisierung, drängt uns von dem einzig möglichen Weg, das Wohl der Gesamtheit zu fördern, ab. Wenn man die Hintergründe erhellt, dann bleibt davon in der Regel nichts anderes übrig als der Wille der Beteiligten, es sich etwas bequemer machen zu wollen, als der Versuch, der Härte des Wettbewerbs zu entfliehen und für die eigene Gruppe einen größeren Teil des volkswirtschaftlichen Ertrags zu erringen als ihr nach Maßgabe ihrer volkswirtschaftlichen Leistung zusteht.

Der soziale Sinn der Marktwirtschaft besteht darin, daß jeder wirtschaftliche Erfolg, wo immer er entsteht, daß jeder Vorteil aus der Rationalisierung, jede Verbesserung der Arbeitsleistung dem Wohle des ganzen Volkes nutzbar gemacht wird und einer besseren Befriedigung des Konsums dient.

Die Partei „Soziale Mitte“ ist wie Ludwig Erhard der Auffassung, daß die soziale Marktwirtschaft eben nicht die Freiheit der Unternehmer, durch Kartellabmachungen die Konkurrenz auszuschalten, beinhaltet; sie beinhaltet vielmehr die Verpflichtung, sich durch eigene Leistung im Wettbewerb mit dem Konkurrenten die Gunst des Verbrauchers zu verdienen. Nicht der Staat hat darüber zu entscheiden, wer im Markt obsiegen soll, aber auch nicht eine unternehmerische Organisation wie ein Kartell, sondern ausschließlich der Verbraucher. Qualität und Preis bestimmen Art und Richtung der Produktion, und zwar nur nach diesen Kriterien vollzieht sich auf der privatwirtschaftlichen Ebene die Auslese.

Den Gegenpol der wirtschaftlichen Freiheit stellt die Ausprägung wirtschaftlicher Macht dar. Es ist daher gesetzlich sicherzustellen, daß die Vorzüge der Wettbewerbswirtschaft nicht durch historisch erwiesene Nachteile einer bedenklichen Machtkonzentration aufgewogen werden.

Wirtschaftliche Macht bildet sich im wesentlichen in drei Grundformen:

Auf rechtlich organisatorischer Grundlage in der Weise, daß sich mehrere juristische selbständige Unternehmen unter Beschränkung ihrer eigenen Selbständigkeit untereinander oder einzeln gegenüber andern durch Vertrag oder Beschluß binden, durch Regelung der Marktfaktoren den Wettbewerb zu beschränken oder auszuschalten.

Auf kapitalmäßiger Grundlage in der Weise, daß die Willensbildung eines rechtlich selbständigen Unternehmens durch Interessenverflechtung oder auf Grund von Besitzverhältnissen durch ein anderes Unternehmen in dem Sinne beeinflußt wird, daß es seine Leistungskraft auf dem Markt nicht voll zur Geltung bringen kann oder darf.

Durch das Entstehen einzelner Großunternehmen, die auf Grund ihrer starken Marktstellung einen beherrschenden Einfluß auf Angebot und Preisbildung ausüben.

Aus kartellmäßigen Bindungen erwächst zuerst einmal die große Gefahr, daß diejenigen Wirtschaftszweige, die einen unabweisbaren Bedarf zu decken haben, tatsächlich mehr Kaufkraft abschöpfen können, als ihnen in einem freien Markt

zufließen würde. Aber der Vorteil für diese Privilegierten muß sich dann folgerichtig als ein schwerer Nachteil für jene anderen auswirken, deren Erzeugnisse dann nur noch ein entsprechend geringeres Kaufkraftvolumen gegenüberstehen kann.

Typisches Beispiel für eine derartig verfehlte Wirtschaftspolitik ist die Politik der rot-grünen Bundesregierung gewesen, unter der vier große Energieversorgungen gebildet wurden, die jetzt als Energiekartell die Preise einseitig diktieren und damit Kaufkraft vom Bürger abziehen. Dieser Abzug der Kaufkraft schmälert die Gewinne der Einzelhandelsunternehmen und aller übrigen Mittelstandsunternehmen, die dadurch möglicherweise in die Insolvenz getrieben werden.

In einer freien Marktwirtschaft werden dennoch auftretende Spannungen in viel organischerer Weise über die sich aus der Dynamik entzündende Mengenkonjunktur geheilt werden. Das ist aber auch für die Wirtschaft und selbst für das einzelne Unternehmen der allein erfolgreiche und befreiende Weg. Wenn dann selbst im Verlauf dieses Prozesses einmal auf Gewinne verzichtet werden muß oder gar Verluste entstehen, so hat es sich doch immer wieder erwiesen, daß eine freie Unternehmungswirtschaft ein fast unglaubliches Maß an Anpassungsfähigkeit besitzt, und daß es gerade dieses „Sich-bewähren-Müssen“ im Markte ist, welches den wirtschaftlichen Fortschritt verbürgt und die Vorteile der höheren Leistungskraft immer auch dem Verbraucher, d. h. dem Volke in seiner Gesamtheit zugute kommen läßt. Aus diesem Funktionszusammenhang darf sich nur eine derartige Politik mit vollem Recht das Prädikat „soziale Marktwirtschaft“ zulegen.

In einer freien Marktwirtschaft ist genausoviel Kaufkraft vorhanden, als dort Güter zum Verbrauch bereitstehen. Das bedeutet, daß alle Anbieter von Gütern und Dienstleistungen um eine vorgegebene Kaufkraft ringen. Diejenigen, die Kartelle wollen und durchsetzen können, befinden sich in einer besseren und besonderen Marktposition. Ihr Ziel ist, von der vorhandenen Kaufkraftmenge einen größeren Teil für sich, d. h. für ihr Produkt zu binden, als ihnen in einem freien Markt zukäme. Dies aber hat zur selbstverständlichen Konsequenz, daß das Mehr an Kaufkraft, das bestimmte Gruppen für sich in Anspruch nehmen, an anderer Stelle der Volkswirtschaft fehlen muß. Und sie fehlt genau dort, wo die mittelständischen Existenzen mit Hunderttausenden von kleinen und mittleren Unternehmen am Werk sind. Hier mangelt es an der Kaufkraft, welche die kartellmäßigen Industriezweige auf ihre Betriebe gelenkt haben.

Wo kein Wettbewerb lebendig ist, tritt notwendig ein Stillstand ein, der schließlich zu einer allgemeinen Erstarrung führt. Jedermann verteidigt dann gerade das, was er besitzt. d. h. er ist nicht mehr auf die für das Gedeihen der Volkswirtschaft so bedeutsame ständige Steigerung seiner Leistungskraft bedacht.

Der Tatbestand der sozialen Marktwirtschaft ist vielmehr nur dann als voll erfüllt anzusehen, wenn entsprechend der wachsenden Produktivität zugleich Preissenkungen wirksam und damit echte Reallohnsteigerungen möglich werden.

Wir werden uns verstärkt dafür einsetzen, daß die Einkommen, das sind beispielsweise die Renten und Pensionen sowie die Löhne und Gehälter der Erwerbstätigen, aber auch die Leistungen des Staates an Schüler und Studenten und die Empfänger von Sozialtransfers nicht entsprechend der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands erhöht werden, sondern auch und insbesondere dadurch, daß alle Ausgaben, die ein Haushalt notwendigerweise tätigen muß, kritisch

überprüft werden müssen. So läßt sich durch eine Senkung der Kosten für Strom, Energie, Wasser, Müllbeseitigung u. v. a. m. die Kaufkraft der Bundesbürger erreichen und dadurch eine echte Realeinkommenssteigerung ermöglichen.

Die Partei „Soziale Mitte“ ist wie Ludwig Erhard der Meinung, daß der so oft geübte grundsätzliche Widerstand der Arbeitgeber gegenüber Lohnerhöhungen, die dank einer gesteigerten Ergiebigkeit unserer Volkswirtschaft nicht nur möglich, sondern für die Stabilität unserer Währung sogar notwendig und sinnvoll sein können, nicht in das System der Marktwirtschaft paßt.

Ludwig Erhard erschien es mißlich, wenn die Arbeitgeber niemals von sich aus eine Aktivität zugunsten einer an sich möglichen Lohnerhöhung ergreifen, sondern immer erst dann tätig werden, wenn die Gewerkschaften darauf drängen. Gerade in den Phasen einer ruhigen wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung würden die Arbeitgeber volkswirtschaftlich richtig und psychologisch klug handeln, wenn sie die Löhne entsprechend der Produktivitätsverbesserung aus eigener Initiative anzuheben bereit wären, womit natürlich nicht der für Preissenkungen verfügbare Spielraum ganz aufgezehrt werden darf.

Jede Einigung aber, die nicht auf volkswirtschaftliche Zusammenhänge Rücksicht nimmt, führt zwangsläufig zu einer Belastung aller anderen Schichten der Volkswirtschaft, deren Einkommen weniger reagibel ist, und bei denen sich darum jede Preiserhöhung vor allen bei den lebenswichtigsten Gütern tragisch auf ihr soziales Sein auswirken muß.

Ziel einer Wirtschaftspolitik der Partei „Soziale Mitte“ wird es immer sein, dafür zu sorgen, daß die Frucht des wirtschaftlichen Fortschritts immer breiteren und möglichst allen Schichten des Volkes zugute kommt.

Man kann in der Volkswirtschaft, ohne zu produzieren, kein Einkommen schaffen, aber man kann auch nicht produzieren, ohne konsumieren zu wollen.

Diese sozialmarktwirtschaftliche Einstellung gibt uns Veranlassung, keine Privilegien der Lebensführung anzuerkennen, die etwa aus politischer oder wirtschaftlicher Stärke abgeleitet werden. Wer Machtpositionen auszunützen versucht, muß sich bewußt sein, daß er damit andere Volkskreise und andere Bevölkerungsschichten in ihrem sozialen Sein behindert und schädigt.

Nur der Wille zum Verbrauch gestattet es, daß sich die Produktion ohne Störung fortentwickeln kann und daß das Streben nach Rationalisierung und Leistungsverbesserung lebendig bleibt.

Nur wenn vom Verbrauch her (selbstverständlich auch dem produktiven) ein fortdauernder Druck auf die Wirtschaft ausgeübt wird, bleibt auch in der Produktionssphäre die Kraft lebendig, sich der gesteigerten Nachfrage beweglich anpassen zu wollen und entsprechend Risiken zu tragen.

Die dadurch entstehende Expansion im richtigen Sinne bedeutet, den Gesamtertrag der Volkswirtschaft zu steigern, womit alle die Möglichkeit erhalten, an dieser Mehrung zu partizipieren.

Nach Ludwig Erhard mutet es daher allenthalben pharisäerhaft an, wenn sich die wohlhabenderen oder gar reicheren Schichten unseres Volkes über die Genußsucht und Begehrlichkeit derjenigen ereifern, die im Grunde genommen keinen anderen Wunsch haben, als es jenen gleich zu tun. Gegen solches Pharisäertum führte er deshalb auch einen leidenschaftlichen Kampf.

Das deutsche Volk neigt wohl überhaupt dazu, das Gefühl für die Realitäten des Lebens relativ recht schnell zu verlieren, eine Charakterschwäche, die uns schon einmal zu Verhängnis geworden ist.

Um so mehr ist es zu bewundern, daß unser Volk, das in der Not die bewundernswertesten Tugenden entfaltet, es immer wieder schafft, Krisen in Wirtschaft und Gesellschaft zu überwinden. Krisen verursachen nicht nur Gewinner und Verlierer, wie beispielsweise zu der Wirtschaftskrise der Jahre 2007 und 2008, sondern auch viel persönliches Leid, das es durch eine bürgergerechte Wirtschaftspolitik zu verhindern gilt.

Der Neid ist der Komplex, der uns Deutsche plagt. Der Deutsche ist offenbar so geartet, daß er es nicht ertragen kann, wenn es einem anderen – dem Nachbarn, dem Freund – noch besser geht. Dann ist er, so gut seine eigene Lage auch sein mag, neidisch und unzufrieden. Diese besondere Art von Maßlosigkeit stellt für unser Land eine besondere Gefahr dar, die es zu erkennen und von jedem Einsichtigen zu bekämpfen gilt.

Ziel einer Wirtschaftspolitik der Partei „Soziale Mitte“ wird es sein, die Wirtschaft wieder an den aufgezeigten Grundsätzen der Erhardschen sozialen Marktwirtschaft auszurichten.

Wirtschaftspolitik

Die Partei „Soziale Mitte“ will eine Wirtschaftspolitik realisieren, deren alleinige Aufgabe die Befriedigung der Bedürfnisse des Menschen ist. Der Mensch darf nach unserer Meinung niemals zum Objekt der Wirtschaft werden.

Zu den Defiziten der deutschen Wirtschaftspolitik gehört seit langem, daß sie blind ist für die Zusammenhänge, die zwischen der Geldwirtschaft und der Realwirtschaft eines Landes bestehen.

In Deutschland verkennen sowohl Regierung als auch Unternehmen, daß für den unternehmerischen Entscheidungs- und Investitionsprozeß Zinsen (Kreditkosten) wichtiger sind als Löhne (Arbeitskosten).

Nachdem in Deutschland in letzten 30 Jahren die Reallöhne gesunken sind, sollte inzwischen jedem klar sein, daß gerade Länder mit hohem Lohnniveau zu den Spitzenreitern des technischen Fortschritts zählen; denn nur wenn Arbeit „teuer“ und Kapital „billig“ ist, lohnt es sich für den Unternehmer, „Innovativ“ zu sein und neue Produkte und Verfahren zu testen.

Die vom angelsächsischen Sprachraum ausgegangene neoliberale Wirtschaftspolitik der vergangenen 30 Jahre hat zu erheblichen Verzerrungen bei den Löhnen, Gehältern und Gewinnen geführt.

Die neoliberale Politik der Deregulierung des Kapitalmarktes und des Warenverkehrs ist in einem gigantischen Desaster geendet, der größten Weltwirtschaftskrise der Jahre 2007/2008. Für den von Managern verursachten Schaden muß nunmehr der Steuerzahler aufkommen.

Die neoliberale Ideologie setzt auf einen völlig freien und keinen Regularien unterworfenen Kapital- und Warenverkehr mit dem Ziel, Umsatzrenditen von mehr als 20 und 25 Prozent zu erzielen.

Derartige Traumrenditen sind jedoch in einer realistischen Ökonomie nicht unter Inkaufnahme eines höheren Risikos oder einer Kostenreduzierung zu erzielen. Um Aktionären solche Dividenden zahlen zu können, müssen Kosten gesenkt werden. Kostensenkungen kommen nur in Betracht bei Löhnen und Gehältern, durch Personaleinsparungen und Rationalisierung.

Die Folge ist dann ein Abschmelzen des Einkommens bei den abhängig Erwerbstätigen und eine exorbitante Gewinnsteigerung bei den Vermögenden. Die Bündelung des immer größer werdenden Vermögens auf der einen Seite hat auf der anderen Seite zur Folge, daß diese Finanzmittel dann dem Wirtschaftskreislauf nicht mehr zur Verfügung stehen. Somit wird der Binnenmarkt weiter sinken.

Wege aus diesen Krisen kann es nicht im Rahmen eines kapitalistischen Systems geben, dessen Grundlage Gier und ungezügelt Wirtschaftswachstum sind. Als Lösung kommt nur die von Ludwig Erhard eingeführte soziale Marktwirtschaft in Betracht, da nur diese Wirtschaftsform den Kapitalmarkt und den Warenverkehr so steuern kann, daß sich deren freien Kräfte zum Wohl des Menschen entwickeln.

Die Partei „Soziale Mitte“ ist der Auffassung, daß Lokalisieren (Regionalisieren) eine effizientere und gerechtere Verteilung des in unserer Volkswirtschaft erwirtschafteten Vermögens bietet als Globalisieren. Nur in überschaubaren Wirtschaftsräumen kann eine nachhaltige Wirtschaftsweise aufgebaut werden.

Auch Geld darf nicht globalisiert werden. Ein regional verankertes Bankenwesen – wie in der Schweiz – ist krisenfester als die inzwischen bankrotten Großbanken in den USA und der EU.

Unser dreigliedriges Bankensystem bestehend aus Privatbanken, staatlichen Banken und Genossenschaft ist dafür ein tragender Beleg, da die regional wirtschaftenden und nicht global aufgestellten Genossenschaftsbanken nur am Rande von der Bankenkrise betroffen sind.

Die Partei „Soziale Mitte“ verfolgt das Ziel, die Ökonomie wieder in die Gesellschaft „einzubetten“ und nicht als unabhängige Macht das Leben in Deutschland bestimmen zu lassen.

Wir wollen eine entideologisierte Wirtschaftspolitik, frei von der in der Praxis gescheiterten Theorie, daß eine Erhöhung des Angebots auf Seiten der Anbieter die Verbraucher dazu anregt, den Binnenmarkt zu steigern. Die von uns zu verfolgende Wirtschaftspolitik hat alleinig das Wohlergehen des Menschen zum Ziel, da dieser nach unserem Menschenbild das Maß aller Dinge in der menschlichen Gemeinschaft sein muß.

Wir fordern eine klare Trennung von Wirtschaft und Politik.

Es muß gesetzlich verankert werden, daß ein Politiker nach dem Ausscheiden aus der Politik erst nach einer Karenzzeit von mindestens fünf Jahren in Spitzenpositionen der Wirtschaft wechseln darf, sofern er nicht vor der Mandatsübernahme in einer vergleichbaren Position war.

Es gibt nichts, was gefährlicher ist als der Einfluß privater Interessen auf die öffentlichen Angelegenheiten.

Dazu gehört auch und insbesondere der Lobbyismus, der mittlerweile bereits dazu geführt hat, daß Lobbyisten in den Ministerien an Gesetzestexten mitgearbeitet haben.

Unsere Aufgabe wird es sein, diesen Interessengruppen (Lobbyisten) ein adäquates Gehör vergleichbar dem des Verbrauchers zu verschaffen.

Ziel unserer Wirtschaftspolitik wird es auch sein, den unternehmerischen Mittelstand zu stärken, der sich dadurch kennzeichnet, daß die Führung des Unternehmens und das Eigentum am Unternehmen in einer Hand liegen. Der mittelständische Unternehmer soll nicht nur vom Gewinn profitieren, sondern haftet auch persönlich für Verluste bis hin zur Insolvenz des Unternehmens, die für ihn regelmäßig gleichbedeutend mit der Vernichtung seiner wirtschaftlichen Existenz ist. Nur durch diese Einheit von Führung, Eigentum und Haftung verwirklicht sich das Prinzip der sozialen Marktwirtschaft.

Wir brauchen wieder Menschen, die willens sind, ihre Haut zu Markte zu tragen, das heißt, in eigener Verantwortung ihr Schicksal zu gestalten und einen humanen Kapitalismus zu schaffen. Nur der persönlich verantwortliche Leistungsträger garantiert eine bereite Eigentumsstreuung und funktionierenden Wettbewerb, gesellschaftlich Solidarität und soziale Stabilität.

Firmenlenker müssen sich von ihrer Denkweise, der kurzfristigen Erzielung einer möglichst hohen Umsatzrendite über 20 Prozent hinausgehend, lösen und zu einer langfristigen Unternehmensplanung mit persönlicher Verbundenheit mit der Belegschaft zurückkehren, die nicht die Maximierung des Profits verfolgt.

Die Leistungen des unternehmerischen Mittelstandes, obwohl aufgrund der Vernachlässigung durch die Politik zunehmend einem Schrumpfungsprozeß unterworfen, besteht darin, trotz eines vierzig prozentigen Anteils am Gesamtumsatz fast siebenzig Prozent aller Erwerbstätigen zu beschäftigen und achtzig Prozent der Ausbildungsplätze zu schaffen sowie fast fünfzig Prozent aller Investitionen in Deutschland zu tätigen.

Ziel der Partei „Soziale Mitte“ ist es, den unternehmerischen Mittelstand zu stärken. Wir werden dafür sorgen, daß diese Unternehmen von überflüssigen Vorschriften und Regeln entlastet werden, die nur zu Kosten führen, aber für die Politik keine sinnvolle Bedeutung haben. Die Inhaber derartiger Unternehmen müssen ausreichende Gewinne erzielen können, damit sie eine langfristige Unternehmenspolitik realisieren können.

Die Einkommen von Firmeninhabern stehen in keinem Verhältnis mehr zu der Gruppe von Konzernlenkern (Managern), die für ihre Entscheidungen in Konzernen keiner persönlichen Haftung unterliegen.

Die Partei „Soziale Mitte“ wird sich dafür einsetzen, daß für Manager ein Vergütungssystem geschaffen wird, daß sich an den Einkommen von Mittelstandsunternehmern orientiert und diesen Personenkreis verpflichtet, eine langfristige Konzernpolitik zu betreiben, die nicht darauf abzielt, die Gewinne der Aktionäre kurzfristig zu steigern.

Tragende Säule der kapitalistischen Gesellschaft ist in den westlichen Demokratien der Mittelstand. Durch den von der Bundesrepublik Deutschland übernommenen angelsächsischen Neoliberalismus schwindet auch bei uns der Mittelstand immer mehr. Selbst eine gute Ausbildung mit den besten Abschlüssen ist kein Garant mehr

für eine krisenfeste und dauerhafte Anstellung mit leistungsgerechter Bezahlung. Nicht aus der Luft gegriffen ist der Begriff „Generation Praktikum“.

Wir verstehen den Mittelstand nicht anders – und nur auf dieser Grundlage bekennen wir uns zum Mittelstand -, als daß er diejenige Schicht von Menschen umfaßt und umfassen will, die aus eigener Verantwortung und jeder für sich selbst kraft seiner Leistung seine Existenz sicherzustellen bereit ist. Die Qualitäten, die der Mittelstand als Wert herausstellen muß, sind: Die Selbstverantwortlichkeit für das eigene Schicksal, die Selbständigkeit der Existenz, der Mut, aus eigener Leistung zu bestehen und sich in einer freien Gesellschaft, einer freien Welt behaupten zu wollen.

Zunehmend macht sich in diesem Mittelstand, bei kleineren Unternehmen, Handwerksbetrieben und Freiberuflern, eine Verunsicherung breit, die auch und insbesondere die abhängig Erwerbstätigen erfaßt.

Als rohstoffarmes Land sind wir jedoch auf unser Wissen, Können und unsere Fähigkeiten angewiesen, um den Wohlstand der Gesellschaft wiederherzustellen. In einem Umfeld der Verunsicherung kann der Mensch jedoch nicht all seine Kräfte und Fähigkeiten entwickeln, um seine Kräfte und Fähigkeiten zum Wohl der Gesellschaft einzusetzen.

Die Partei „Soziale Mitte“ wird in der Wirtschaftspolitik daraufhinarbeiten, daß der Bundesbürger wieder eine emotionale Sicherheit erfährt, die es ihm ermöglicht, seine Kräfte für alle Generationen einsetzen zu können.

Auch die Gewerkschaften müssen wir wieder stärken, damit diese ihrer ureigensten Aufgabe, nämlich der gerechten Teilhabe der abhängig Erwerbstätigen an dem erwirtschafteten Volkseinkommen sowie der Erhöhung der Sozialstandards wieder gerecht werden können.

Dazu ist es jedoch nach unserer Auffassung erforderlich, daß Gewerkschaftsfunktionäre sich nicht durch eine Parteimitgliedschaft binden. Ein Gewerkschaftsmitglied könnte in einen Gewissenkonflikt kommen, wenn es einerseits für steigende Einkommen und höhere Sozialstandards mit zulässigen Druckmitteln kämpfen soll, andererseits aber dies der offiziellen Parteilinie widerspricht.

Politiker und Funktionäre sowohl in den Wirtschaftsverbänden als auch in den Arbeitnehmersvertretungen vertreten nicht mehr das, was der einzelne Mensch, gleich welchem Stand oder Beruf er angehört, an Willen, Hoffnungen, Sorgen, Sehnsüchten bezeugen möchte. Das hat kaum noch etwas mit dem zu tun, was die mit seiner Vertretung beauftragten Organisationen letztlich aus ihrem Mandat machen, d. h. was sie als Forderungen vortragen.

Bürger und Unternehmer begreifen zunehmend, wie wenig bzw. unvollkommen der von Politikern und Verbandsfunktionären proklamierte „Gesamtwille“ unmittelbar durch den Individualwillen des Wählers oder Organisationsmitgliedes gedeckt wird.

Ziel der Wirtschaftspolitik der Partei „Soziale Mitte“ wird es auch sein, für leistungsgerechte Löhne und Gehälter einzutreten.

Auch bei Tätigkeiten, die keine berufsspezifische Ausbildung und nur geringe Ausbildungsqualifikationen erfordern, muß ein auskömmliches Einkommen sichergestellt sein.

Wir werden uns dafür einsetzen, daß Mini-Jobs, 1-€-Jobs und u. v. a. m., die nur dazu dienen, die Umsatzrendite der Unternehmen zu erhöhen und die Arbeitslosenstatistik zu verfälschen, abgeschafft werden.

Die Partei „Soziale Mitte“ wird sich auch vorrangig dafür einsetzen, daß die zur Daseinsvorsorge gehörende Infrastruktur und alle lebensnotwendigen Aufgaben zur Aufrechterhaltung des Gemeinwesens in den Händen des Staates bleiben oder wieder zurückgeführt werden müssen.

In der Praxis hat sich herausgestellt, daß die Privatisierung von öffentlichen Aufgaben zur Verteuerung der Leistungen geführt hat. Die Erledigung von öffentlichen Aufgaben durch die öffentliche Hand bedeutet eine kostendeckende Bewirtschaftung, während hingegen die Erledigung der gleichen Aufgabe durch eine Investor zur Verteuerung führt, da dieser über die Kostendeckung hinaus Gewinne erzielen muß. Um diese Gewinnspanne verteuern sich alle privatisierten öffentlichen Aufgaben.

Lediglich rund sechs Prozent des jährlichen Bruttoinlandsprodukts gehen in den Export.

Diese Zahl verdeutlicht bei ideologiefreier Bewertung, daß unsere Wirtschaft zu 94 Prozent auf dem Binnenmarkt beruht und damit die von den Lobbyisten der Außenhandelswirtschaft gegenüber der Politik immer wieder ins Feld geführte Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft gering ist.

Eine weitere Schlußfolgerung daraus ist, daß wir nur dann wieder zur wirtschaftlichen Stärke wachsen können, wenn der Binnenmarkt durch einen leistungsgerechten Ausgleich zwischen Arbeitnehmereinkommen und Renditen der Unternehmen zum Wohle der gesamten Gesellschaft und nicht nur der Vermögenden gestärkt wird.

Eine Schlüsselstellung in einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung nehmen die Banken ein. Banken müssen Regularien unterliegenden, die eine Kapitalsteuerung mit einem abschätzbaren Risiko verbinden, um durch Innovationen die Kräfte des Marktes zur Geltung zu bringen.

Die unter dem Stichwort „Basel II“ eingeführten Regeln für den Kreditmarkt haben dazu geführt, daß die Banken nicht mehr genügend Risikokapital bereitstellen, um neue Unternehmen bei der Einführung von innovativen Ideen und Produkte finanziell zu begleiten und Mittelstandsunternehmer mit einer geringen Eigenkapitalquote vorübergehend zu unterstützen.

Aufgabe der Partei „Soziale Mitte“ wird es sein, eine Wirtschaftspolitik zu verfolgen, mit der die deutsche Wirtschaft wieder an die Weltspitze gelangen kann.

Die Partei „Soziale Mitte“ wird aber auch dafür sorgen, daß Banken keine hochrisikoreichen Spekulationsgeschäfte betreiben können, die diese in die Insolvenz führen könnten. Dazu muß der zur Prüfung einer Bank berufene Wirtschaftsprüfer wirtschaftlich unabhängig von der zu prüfenden Bank sein. Die Bankenkrise ist u. a. auch darauf zurückzuführen, daß Wirtschaftsprüfer lukrative Auftragnehmer verlieren würden, wenn sie Banken das erforderliche Testat verweigert hätten. Wir wollen dem Wirtschaftsprüfer einen öffentlich-rechtlichen Status (Beliehener) mit einer Gebührenordnung zuerkennen, damit diese nicht in ein Abhängigkeitsverhältnis von den zu prüfenden Betrieben kommen können.

Die Erfahrung der vergangenen Jahre lehrt auch, daß regional agierende Firmen effektiver sind als global aufgestellte Großunternehmen. Negative Beispiele sind die

Firmenaufkäufe von BMW und Mercedes in Großbritannien und den Vereinigten Staaten von Amerika mit Rover und Chrysler. Aber auch der umgekehrte Fall, daß ausländische Firmen deutsche Firmen aufkaufen und das zerschlagen oder finanziell an den Rand der Insolvenz treiben; z. B. Grohe.

Die Partei „Soziale Mitte“ wird eine Wirtschaftspolitik betreiben, die es unseren deutschen Firmen ermöglicht, in ihrem Marktsegment eine Spitzenstellung einzunehmen.

Die Partei „Soziale Mitte“ ist wie Ludwig Erhard, dem Vater des Wirtschaftswunders, der Meinung: Bilden sich wirtschaftliche Monopole, so sind sie zu beseitigen und bis dahin der staatlichen Aufsicht zu unterstellen.

Jede Monopolstellung birgt in sich die Gefahr der Übervorteilung des Konsumenten und läßt zudem den wirtschaftlichen Fortschritt erstarren.

Unser Ziel ist es auch, Verzerrungen in der Wirtschaft zu beseitigen. Subventionen führen zu erheblichen Verwerfungen in einer Volkswirtschaft und sind daher mit den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft nicht vereinbar, da sie auf der einen Seite den Subventionsempfänger begünstigen, auf der anderen Seite aber die für die Subventionen aufgewandten Gelder zuvor von den Bürgern aufgrund von höheren Steuern genommen werden müssen.

Finanzpolitik

Wirtschafts- und Finanzpolitik bedingen einander.

Deshalb gilt der Erfahrungssatz, daß es nur dann eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik geben kann, wenn die Wirtschaft frei von inflationistischen Tendenzen gehalten wird. Die Aufrechterhaltung der Geldwertstabilität ist die unabdingbare Voraussetzung für ein gleichgewichtiges wirtschaftliches Wachstum und für einen echten und gesicherten sozialen Fortschritt und damit der Finanzierung unserer sozialen Sicherungssysteme.

Die Währungsstabilität muß daher in die Reihe der menschlichen Grundrechte aufgenommen werden.

In besonderer Verantwortung ist hier die Notenbank, aber auch die Regierung. Diese haben auch dafür Sorge zu tragen, daß die tatsächliche Geldumlaufmenge dem erwirtschafteten Bruttoinlandsprodukt entspricht. Übersteigt die Geldumlaufmenge das Bruttoinlandsprodukt, so liegt eine Spekulationsblase vor, die – wie die Praxis lehrt – platzen und damit nicht nur privates Sparvermögen vernichten kann. Wenn zu viel Geld auf dem Markt ist, dann sucht dieses nach immer höheren Renditen, die mit steigenden Risiken verbunden sind.

Eine Regierung und die dazugehörige Notenbank können aber nur dann eine inflationsverhindernde Finanzpolitik und damit eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik betreiben, wenn sie über eine dem jeweiligen Wirtschaftsraum angepaßte Währung verfügt, mit der sie Einfluß auf inflationistische Tendenzen nehmen können.

Mit der Globalisierung der Märkte ist die alte Identität von Staats- und Wirtschaftsgrenzen und damit die Kontrollmacht der Regierungen und Notenbanken im Niemandsland der Märkte verloren gegangen. Dieser Prozeß wird forciert und mit jeder neuen Erweiterungsrunde in der EU verstärkt.

Die von den europäischen Staaten gewollte und vorangetriebene Ausweitung des gemeinsamen und grenzenlosen Binnenmarktes und die von der gemeinsamen Währung, dem Euro, ausgehenden Folgewirkungen werden die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands weiter sinken lassen.

Die Geldwirtschaft bestätigt und untermauert die Identität von National- und Sozialstaat, denn weder gibt es eine andere gesellschaftliche Solidarität als die innerhalb der eigenen Nation noch eine andere Möglichkeit, sie zu finanzieren als über das eigene Geld. Darüber sollten jene begeisterten Europäer nachdenken, die dafür und auf die Barrikaden gegangen sind, dem Staat die Hoheit über sein Geld zu nehmen. Sie haben mit dem europäischen Einheitsgeld des Euro nicht nur die Finanzierungsbasis des Nationalstaates schwer beschädigt, sondern auch die des Sozialstaates. Er bleibt auch ohne eigenes Geld für die Erfüllung seiner sozialen Aufgaben in der Pflicht!

Deutschlands auf Europa fixierte Wirtschafts- und Sozialpolitiker verdrängen, daß Deutschland mit der D-Mark als einziges Euroland seinen bisherigen Zinsvorteil und zusammen mit allen übrigen Eurostaaten sein ökonomisches Krisenmanagement verloren hat, die Kontrolle über Konjunkturzyklus und wirtschaftlichen Wachstumsprozeß. Angebotsökonomien mögen das für eine „Errungenschaft“ halten. Die historische Wahrheit ist, daß damit der wissenschaftliche Fortschritt der letzten 100 Jahre, die seit Knut Wicksell Schritt für Schritt perfektionierte monetäre Kreislauftheorie, ignoriert beziehungsweise auf ihren Ausgangspunkt, die naive, auf das Preisniveau fixierte Quantitätstheorie, zurückgeworfen wird. Solange die D-Mark Europas einzige nicht abwertbare Währung war - ein quasi europäischer Dollar -, markierte das deutsche Zinsniveau das unterste in der EU: Alle anderen Zinsen waren höher – denn jede der alten Europawährungen enthielt ein Abwertungsrisiko, das in vielen Fällen (Spanien, Portugal, Irland, Griechenland oder das hoch verschuldete Italien) bei zehn Prozent und darüber lag. Mit dem Verzicht auf die D-Mark ging dieses Abwertungsrisiko auf den Euro über und wurde europäisiert, in Wahrheit „germanisiert“: Deutschland schenkte „sein“ Zinsniveau Europa. Seitdem können die alten Schwachwährungsländer trotz Unterkapitalisierung, d. h. niedriger Ersparnis und Überschuldung (Italien) ihre Investitionen zu deutschen Zinsen refinanzieren. Das Ergebnis kann bestaunt werden: inflatorische finanzierte Wirtschaftswunder in den ehemaligen Armenhäusern Europas. Nur der Verursacher dieses Wunders, nämlich Deutschland, geht leer aus. Sein Zinsniveau ist nicht mehr das niedrigste in Europa, sondern das höchste! Die unterschiedlichen Inflationsraten verstärken den Effekt. Bei Inflationsraten dieser Länder zwischen drei und fünf Prozent liegen die Realzinsen in den alten Schwachwährungsländern bei null Prozent bis in den Minusbereich, die deutschen - bei einer Inflationsrate um ein Prozent - nach wie vor im positiven Bereich bei um die drei Prozent. Der von Deutschland diktierte Amsterdamer Stabilitäts- und Wachstumspakt verstärkt dieses Ungleichgewicht. Die Inflationssünder unter den Euroländern können ihn leicht erfüllen, denn die Inflation stärkt ihre Steuerkraft, Stabilitätsländern wie Deutschland, Frankreich oder den Niederlanden brechen die Steuereinnahmen weg – also haben sie mit dem Pakt ein Problem. Sie haben nur die Wahl, wie sie ihre „Strafe“ bezahlen: mit Geld, weil sie

ihn brechen, oder mit Arbeitslosen, weil sie ihn einhalten! Was als „Sieg der Bundesbankphilosophie“ gefeiert wurde, stellt sich nun als Problem heraus. Was die deutsche Öffentlichkeit über den Verlust der D-Mark beruhigen, in Wahrheit hinteres Licht führen sollte, erklärt nun, warum die deutsche Volkswirtschaft unter Wachstumsschwäche und Investitionsrückgang leidet: In Deutschland sind nicht die Arbeits- und Sozialkosten zu hoch, sondern die Kapitalkosten!

Grund eins dafür ist der Übergang von der D-Mark zum Euro, Grund zwei dagegen ganz und gar „hausgemacht“: Der deutsche Kapitalmarkt ist für die überwältigende Mehrheit der Unternehmen gesperrt. Sie können ihn nur durch Vermittlung der Banken betreten. Die Zahlen sagen alles, scheinen aber Politik wie Öffentlichkeit nichts zu sagen. Nur 0,8 Prozent der deutschen Unternehmen sind emissionsfähig und können sich Eigen- wie Fremdkapital an der Börse über Aktien und Anleihen beschaffen. Die übrigen 99,2 Prozent der deutschen Unternehmen sind Mittelstandsbetriebe und auf den Bankkredit angewiesen. Der aber liegt mit sieben bis 13 Prozent per annum um 100 und mehr Prozent über dem für die großen Kapitalgesellschaften offenen Kapitalmarkt. Zudem liegt die Laufzeit dieser Bankkredite selten über fünf Jahre, so daß zu den hohen Zinsen noch überdurchschnittlich hohe Tilgungsraten von 20 und mehr Prozent per annum dazukommen.

Dieser seit Jahren bestehende und durch „Reform“-Diskussionen à la Basel I und II noch psychologisch verschlimmerte Zustand erklärt hinlänglich, warum der Mittelstandskredit in Deutschland in letzten Jahren faktisch zum Stillstand gekommen ist. Private Anlageinvestitionen, wenn sie überhaupt stattfinden, können nur noch aus Eigenmitteln dieser Unternehmen finanziert werden – und diese Finanzierungsspielräume nehmen von Jahr zu Jahr ab. Entsprechend fehlt es der deutschen Volkswirtschaft an neuen kapazitätserweiternden Investitionen sowie Arbeits- und Ausbildungsplätzen; denn die vom Kredit ihrer Hausbanken abhängigen Klein- und Mittelstandsbetriebe stellten in der Vergangenheit über 50 Prozent aller Unternehmerinvestitionen, zwei Drittel aller Arbeits- und vier Fünftel aller Ausbildungsplätze.

Die Schlußfolgerung liegt auf der Hand: Der viel diskutierte Reformhebel hätte in Deutschland statt an den angeblichen Verkrustungen des Arbeitsmarktes und den Auswüchsen des Sozialstaates an den offenkundigen Anachronismen des deutschen Kapitalmarktes und am Bankenverhalten anzusetzen. Ausgerechnet in einer Zeit, in der die Macht der Banken nur noch von ihrer volkswirtschaftlichen und auch betriebswirtschaftlichen Uneinsichtigkeit übertroffen wird, gelingt es der Politik und der Presse, die Ansprüche der kleinen Leute an ihren Lebensstandard und –abend zu einer dramatischen Gefahr für die Zukunft und den inneren Frieden des Landes darzustellen! Der daraus zu ziehende volkswirtschaftliche Befund ist eindeutig: Erst wenn es gelingt, über günstige Kapitalkosten die Investitionstätigkeit der überwiegend mittelständischen und arbeitsintensiv arbeitenden Unternehmen im Lande, die das Rückgrat der deutschen Volkswirtschaft bilden, nachhaltig zu beleben, ist mit wirtschaftlicher Erholung, Besserung am Arbeitsmarkt und höheren Einnahmen für Staats- und Sozialkassen zu rechnen, ist es möglich, das zyklische Loch in diesen Kassen zu stopfen.

Ein weiteres, die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung verbesserndes Reformfeld muß hier auch noch erwähnt werden: der katastrophale Verfall der öffentlichen Investitionen. Sie werden zu zwei Dritteln über Haushalte der Städte und Gemeinden finanziert. Doch der kommunale Sektor ist nur mit einem Zwölftel an Steueraufkommen beteiligt. Dies ist ein seit langem bekanntes Manko der bundesstaatlich-föderalen Finanzverfassung. Die Folgen sind beträchtlich. Nicht nur

fällt der Finanznot der Städte und Gemeinden die Urbanität des bürgerlichen Lebens vor der Haustür zum Opfer; es fehlt an Sozial-, Jugend- und Kultureinrichtungen, an gepflegten Parks und Erholungsanlagen. Von kommunalen Aufträgen abhängige Gewerbe wie Tief- und Kanalbau, große Teile der Wohnungswirtschaft und des Ausbaugewerks stecken tief in der Krise. Viele der in den Städten und Gemeinden zu lösenden Beschäftigungs- und Sozialproblem wären nicht erst entstanden.

Dem Euro fehlen beide automatisch funktionierenden Antiinflationsziele: nationale Wechselkurse und Zahlungsbilanzen. Europas traditionelle Schwachwährungsländer können jetzt erst recht inflationieren, denn eine Bestrafung durch Abwertung der Währung findet nicht mehr statt; der Euro fängt ihr Abwertungsrisiko auf. Die traditionellen Hartwährungsländer können sich nicht mehr vor dem Inflationsimport aus den disziplinlosen Nachbarländern schützen, sie können ihre Währung nicht mehr aufwerten. Der Inflationsvorsprung der mittelmeerischen und atlantischen Weichwährungsländer vor ihren harten und stabilen Währungspartnern im nördlichen Europa beträgt inzwischen (netto) rund 15 Prozent.

Die EZB steht der „realen Aufwertung“ der weichen Euros nicht nur hilflos gegenüber; sie verschlimmert das Übel durch ihre uniforme Zinspolitik. Statt den Inflationssündern Strafzinsen zu berechnen, gewährt sie ihnen einen Realzinsrabatt. Sünder und Musterknaben zahlen bei ihr denselben Zins, was einer Prämie auf inflatorische Verfehlung gleichkommt.

Das Resultat des Inflationsgefälles innerhalb der Eurozone kann an der wachsenden Diskrepanz der Leistungsbilanzsalden abgelesen werden. 2006 übertrafen die Überschüsse der Hartwährungsländer Deutschland, Niederlande, Österreich und Finnland die Defizite der Inflationsländergruppe einschließlich Frankreich nur noch minimal; ohne die Überschüsse der Hartwährungsländer wäre der Euro an den Weltfinanzmärkten als Defizitwährung abgewertet worden.

Nur so ist es erklärlich, daß Spaniens Leistungsbilanzdefizit mit 8,6 Prozent am Bruttoinlandsprodukt, noch oberhalb des Rekordhalters USA, keinen Schwächeanfall des Euro auslöste. Doch was wird aus der Eurowährung, wenn die Summe der Defizite die der vier Überschußländer übersteigt, ein Trend, der unabwiesbar ist, wenn erst all EU-Länder der Eurozone angehören? Mangels nationaler Zahlungsbilanzen finanzieren die wenigen Überschußländer (allen voran Deutschland) die Defizite der vielen anderen Euroländer – geräuschlos und automatisch – zusätzlich zu ihren Zuzahlungen vom EU-Haushalt.

Und der nationale Sozialstaat? Er muß für dieses von Europa-, Banken- und Big-Business-Lobby und den Eurogewinnern unter den Staaten propagierte und finanzierte Projekt büßen. Hält er bis zum definitiven Ende des Euroabenteuers durch? An der Arbeitsmarktfront muß er sich gegen den Zuzug von Billiglohnarbeitskräften behaupten: gegen Lohndruck und Arbeitslosigkeit, die seine Einnahmen dezimieren und seine Ausgaben steigern. Noch schlechtere Karten hat er an der Kapitalmarktfront. Der Euro pervertiert das natürliche Realzinsgefälle. Nicht die Inflationsländer haben die höchsten Realzinsen (ihre nähern sich gegen Null!), sondern die produktivitäts- und kapitalbildungsstarken Stabilitätsländern. Das negative Zinsgefälle läßt ihre Investitionsbasis erodieren: Kapital, Produktion und Arbeitsplätze verlagern sich vom Zentrum an die Peripherie.

Die globalisierte Wirtschaft bezahlt dem Faktor Kapital zu viel, dem Faktor Arbeit zu wenig. Dieses Krebsübel wird die marktwirtschaftliche Sozialordnung zerstören, es sei denn, die Politik findet Wege, es zu überwinden.

Die Kapitalmärkte jubeln die Finanzrenditen in Höhen, die weder mit Wertschöpfung und Produktivität zu rechtfertigen sind noch mit gerechter Einkommensverteilung.

Die nationalen Arbeitsmärkte wiederum leiden unter ihren in der Vergangenheit mühsam erkämpften humanen, sozialen und kulturellen Errungenschaften. Welcher Familien- und Kulturmensch kann und darf sich je so frei gewissen- wie verantwortungslos auf die Jagd nach dem höchsten Profit auf Erden begeben wie das orts-, bindungs- und heimatlos Finanzkapital?

Bundesregierung, Wirtschaft und Gewerkschaften ruinieren das Land, wenn sie aus dem Schwund des Humankapitals weiterhin den falschen Schluß ziehen, das Finanzkapital müsse risikobedingt weit höher entlohnt werden als das den Faktor Wissen in den Wirtschaftsprozeß einbringende Humankapital. Marktwirtschaft und Sozialordnung verlangen das genaue Gegenteil: Das Finanzkapital darf nicht mit auf die Allgemeinheit abwälzbaren Prämien vor jenen Risiken geschützt werden, die es sich und der Sozialordnung durch seinen Wildwuchs schafft; das Humankapital muß mit sozial aufzubringenden Prämien der Menge und dem Wissensstand nach auf jenes Niveau gebracht werden, das es erlaubt, das technische Wissen und Können der Zeit zum Nutzen der Allgemeinheit einzusetzen und verwenden zu können.

Muß es Deutschlands Europapolitikern nicht zu denken geben, wenn unter den 20 vom Londoner „Economist“ ermittelten Staaten mit der höchsten Lebensqualität auf der Welt ihr Land nicht mehr vorkommt, wohl aber Eurosünder wie Spanien, Portugal und Italien? Nach acht Eurojahren ist Deutschland, einstmals die Nummer eins auf der Rangliste der europäischen Pro-Kopf-Einkommen, unter den EU-Durchschnitt zurückgefallen und behauptet mühsam seinen Platz vor Spanien, Portugal, Griechenland und EU-Neuankömmlingen wie Zypern, Slowenien oder Malta.

Eigentlich müßte dieser Zustand die Öffentlichkeit alarmieren. Nur: der ökonomische Laie bemerkt ihn nicht, leidet aber zunehmend unter den Folgen.

Deutschland muß sich nun in dieser verkehrten Welt behaupten. Es sind die hohen Realzinsen (nicht Löhne!), die seinen Standorten und Industrieregionen zu schaffen machen. Obwohl historisch tief, sind sie „hoch“ im Verhältnis zu den Nachbarn und belasten hierzulande die Rentabilität der Investitionen und der Arbeitsplätze. Der hohe Realzins zwingt die Unternehmen, sich auf Kosten der Arbeitswelt zu sanieren: Arbeiter zu entlassen, sie durch Kapital zu ersetzen oder mit Ihrem Investitionskapital auszuwandern.

Die Exportwirtschaft verdient gut (und entläßt trotzdem ihre Leute oder wandert ab ins eurobillige Ausland!), die Mittelständler im Inland zahlen drauf, und ihre Sprecher in Parlament und Öffentlichkeit bemerken nicht einmal, warum das so ist und warum sich dies dank des Euro auch so bald nicht ändern wird.

Deshalb wird sich die Partei „Soziale Mitte“ dafür einsetzen, daß wir wieder eine Währung in Deutschland bekommen, die Deutschland wieder an die Spitze der Wirtschaftsnationen bringt.

Unser Ziel ist es, eine Finanzpolitik zu betreiben, mit der die globalisierten Kapitalgesellschaften den gleichen steuerrechtlichen Regelungen unterworfen werden, wie der unternehmerische Mittelstand.

Die deutschen Mittelstandsunternehmen schaffen die meisten Arbeits- und Ausbildungsplätze; diese haben die Unterstützung der Partei „Soziale Mitte“. Wir wollen auch sicherstellen, daß auf dem Kapitalmarkt, dem Interbankenverkehr, nur mit Finanzprodukten gehandelt wird, die nach den Regeln eines „Ehrbaren

Kaufmanns“ als verantwortlicher Teilnehmer am Wirtschaftleben angeboten werden können.

Das Denken und Handeln eines „Ehrbaren Kaufmanns“ zeichnet sich durch ein ausgeprägtes Verantwortungsbewusstsein für das eigene Unternehmen, für die Gesellschaft und für die Umwelt aus. Er stützt sein Verhalten auf Tugenden, die den langfristigen wirtschaftlichen Erfolg eines Unternehmens zum Ziel haben, ohne den Interessen der Gesellschaft entgegenzustehen. Ein „Ehrbarer Kaufmann“ wirtschaftet im Gegensatz zu Managern nachhaltig; er ist nicht nur an kurzfristigen Gewinne orientiert und auf das Kostenmanagement fixiert.

Im Mittelpunkt der Manager steht das Kostenmanagement. Kosten sind für die Einzelfirma Wettbewerbelastung und Mittelabfluß, also müssen sie gesenkt werden. Für die Volkswirtschaft sind diese Kosten identisch mit Einkommen Dritter. Sie müssen als Alimentierung von Nachfrage und Märkten gesteigert werden. Wer sie senkt, hat der Volkswirtschaft Einkommen und Nachfrage entzogen, die ihr an anderer Stelle des Marktverbundes fehlen.

Daher wird sich die Partei „Soziale Mitte“ dafür einsetzen, daß die einseitige Belastung der Arbeitnehmer durch Verlagerung der Kosten für die sozialen Sicherungssysteme wieder paritätisch auf Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufgeteilt werden, um so die Kaufkraft zu stärken und den Binnenmarkt zu stützen.

Das globale Finanzsystem ist unkontrolliert, wächst wild, regel- und grenzenlos, ist undurchsichtig und im höchsten Grade spekulativ. Jede der vier Eigenschaften macht Geschäfte und Geldanlagen in diesem System zu einem unkalkulierbaren Abenteuer. Alle vier Gründe zusammengenommen haben in der Wirtschafts- und Finanzkrise der Jahre 2007 und 2008 bewiesen, daß ein solches Gebilde aus Kreditbausteinen zusammenbrechen muß. Fällt irgendwann und irgendwo ein größerer Kreditbaustein aus, fällt die ganze Kreditpyramide, der nicht nur dümmste, sondern auch gefährdetste Turmbau seit Babel, zusammen.

Regierungen, Wirtschaft und Banken haben auf Mahner und Warner nicht gehört. Ihr Ziel war nur eine kurzfristige, maximale Renditesteigerung.

Die Partei „Soziale Mitte“ wird sich daher dafür einsetzen, daß das gesamte globale Finanzsystem wieder stabil und einheitlichen Regeln unterworfen wird, so daß Spekulationsblasen und Währungsspannungen vermieden werden können. Bereits vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges, im Jahre 1944, wurde in der amerikanischen Kleinstadt Bretton Woods das nach dieser Stadt benannte Bretton-Woods—System nach der Lehre des englischen Ökonomen John Maynard Keynes aufgebaut. Zu seinen wesentlichsten Elementen gehörten die Errichtung der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds. Bis zum Zusammenbruch u. a. aufgrund der amerikanischen Fiskalpolitik im Jahre 1973 gab es keine größeren Spannungen im Weltwährungssystem.

Was damals gelang, die Finanzen eines Weltsystems über eine theoretisch unbegrenzte Zeitspanne stabil zu halten, läßt sich bei Einhaltung folgender Bedingung zeitlos wiederholen.

Zwei Voraussetzungen müssen erfüllt sein:

1.

Es müssen an allen Geschäftsorten die gleichen Gesetze und Spielregeln gelten; das Abwandern in Räume minderen Rechts (Aufsichts- oder Steueroasen) darf sich nicht lohnen. Dafür bedarf es in der Welt von heute keines nach außen durch

Schutzwälle geschützten Imperiums. Der Zustand kann durch ein „monetäres Völkerrecht“ (Weltwährungssysteme) hergestellt werden: durch rechtsverbindliche Abkommen und Spieregeln für eine zwischenstaatliche Währungs Kooperation á la Bretton Woods.

2.

Dem Geld als öffentlich-geschütztem Gut, als wertstabiler Recheneinheit und Tauschmittel für die Wirtschaft und hundertprozentig sicherem und liquidem Geldvermögensspeicher für den Bürger, darf keine unlautere Konkurrenz durch das privat produzierte Kreditgeld der Banken erwachsen.

Kreditsummen, die in Volks- wie Weltwirtschaft das laufend gebildete reale Kapital (die Summe der Ersparnisse) übermäßig übersteigen, müssen kontrolliert und notfalls sogar verboten werden. Beim heutigen Stand der Statistik ist diese Grenze leicht zu ermitteln. Entscheidend ist die Kontrolle der Kreditquellen: der wechselseitigen Inter-Bank-Geschäfte der nationalen und internationalen Geldmärkte, an der diese „Kreditreiterei“ geräuschlos vorgenommen werden kann.

Das globale Finanzsystem und auch die EU haben dazu beigetragen, daß die drei historischen Säulen der guten alten deutschen Bankenordnung, der öffentlich-rechtliche Sparkassensektor, die genossenschaftlichen Volks- und Raiffeisenbanken und die Privatbanken, zerbröseln.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise der Jahre 2007 und 2008 hat gezeigt, daß gerade die genossenschaftlichen Volks- und Raiffeisenbanken ein solides Finanzmanagement betrieben haben, während hingegen die öffentlich-rechtlichen Sparkassen (u. a. mit KfW, IKB) und die Privatbanken hochgradig spekuliert hatten. Die Kosten dürfen nun der Verbraucher und der Steuerzahler tragen.

Diese „Kreditreiterei“ der öffentlich-rechtlichen Sparkassen und der Privatbanken hat den bedauerlichen Beweis erbracht, daß die Riester-Rente ein geplanter „Betrug“ des Staates an seinen Bürgern zum Vorteil der Anbieter von Riester-Renten-Produkten und deren Managern, die die Politiker beraten haben, ist.

Die Partei „Soziale Mitte“ wird sich dafür einsetzen, daß diese staatliche Geldvernichtungsmaschine abgeschafft wird. Wie die Wirtschafts- und Finanzkrise gelehrt hat, sind Vermögensanlagen auf dem Kapitalmarkt die unsichersten Anlageformen. Diejenigen Rentnerinnen und Rentner, die ihr kleines Vermögen bei ehemals als renommiert eingestuften Privatbanken angelegt hatten, um damit ihr gekürzte staatliche Sozialrente aufbessern zu können, haben es nunmehr schmerzlich am eigenen Leibe erfahren müssen, daß das Mackenroth-Theorem keine graue Theorie ist, sondern von hochaktueller Bedeutung ist.

Seit Gerhard Mackenroths klassischer Analyse ein „Deutscher Sozialplan“ von 1952 steht fest, daß das Volkseinkommen und nicht das Volksvermögen der Fonds ist, aus dem alle Transfer- und Sozialeinkommen abgezweigt und bezahlt werden. Daran ändert auch die individuelle Ansparung nichts. Es ist nun einmal eine juristische Fiktion, daß heute durch Sparen gebildete Ansprüche realwirtschaftlich auf die Zeitreise in die Zukunft mitgenommen werden könnten. Die Brötchen, die A heute durch Nichtverzehr spart, hat längst B konsumiert. Wenn A heute diesen Anspruch eine Dekade später oder länger durch Entsparen oder Kapitalerträge realisieren will, bedarf es eines Zeitgenossen C, der dann durch seinen zeitgleichen Konsumverzicht diesen Anspruch deckt. Der Wert zukünftiger Rentenansprüche hängt immer davon ab, daß die Gleichung entsparen ist gleich neu Sparen aufgeht, oder es kommt zu

Wertkorrekturen dieser Ansprüche. Sie verlieren an Wert, wenn das Entsparen das Neusparen übersteigt, denn dann kommt es zu Inflation, Kursverfall oder beidem. Nur in Deflationszeiten könnte mit einem Wertanstieg dieser Ansprüche gerechnet werden; doch dann drohen andere Gefahren: Insolvenzen, Krisen, Unverkäuflichkeit der Ansprüche.

Die Geltendmachung kapitalfundierter Riester-Renten-Ansprüche ist individuell gesehen immer risikobehaftet, denn kein Sterblicher weiß, wie die Märkte der Zukunft Vermögensaktiva bewerten. Volkswirtschaftlich gesehen bleibt es ein Umlageverfahren, nur der anderen, intransparenten Art; denn die dann aktive, Geld verdienende Generation muß ja die Einkünfte der Alten aus Zinsen, Mieten oder Immobilienverkäufen aus laufenden Einkommen verdienen und bezahlen. Die Belastung bleibt für diese Generation dieselbe, nur daß verschleiert wird, wer wie viel an wen zahlt. Vermutlich ist es diese Unklarheit, die in für den Staat schwierigen Zeiten Sozialreformer veranlaßt, unverbindlichen Marktlösungen den Vorzug vor einklagbaren Systemansprüchen zu geben. Nur ist es ein Vorteil für die Politik, nicht für die Versicherten, denen niemand das Wertschwankungsrisiko ihrer Vermögensansprüche abnimmt.

Die Partei „Soziale Mitte“ wird sich auch dafür einsetzen, daß es innerhalb der EU keine Steuerkonkurrenz mehr geben wird. Denn erst seit in der Eurozone Betriebskosten wie Kapitalrenditen – nach Steuern – mit gleichem (unab- wie aufwertbarem) Geld gemessen und verglichen werden können, bedrohen die Niedrigsteuerländer der gegenwärtigen und künftigen Eurozone die Arbeitsplätze in Deutschland.

Wir werden auch dafür kämpfen, daß Kapitalanlagen, die der Altersversorgung dienen, nicht mehr besteuert werden und der sog. „Mittelstandsbauch“, d. h. die überproportionale Besteuerung der mittleren Einkommen, die nach der Wiedervereinigung eingeführt worden ist, wieder zurückgenommen wird.

Das gesamte Steuersystem muß gerechter ausgestaltet werden. Die Vermögens- und die Erbschaftssteuer müssen grundlegend überarbeitet werden. Die einzige Vermögenssteuer, die keine (ungerechte) doppelte Einkommenssteuer darstellt, ist die von Todes wegen: die Erbschaftssteuer. Sie kann in einer leistungsorientierten Gesellschaft durchaus hoch ausfallen. Schon der Erzvater des sozialen Liberalismus, John Stuart Mill, wies darauf hin, daß es keiner marktwirtschaftlich orientierten Gesellschaft gut täte, wenn immer größere Teile des Produktivitätsvermögens in die Hände reicher, aber nicht unbedingt tüchtiger Erben gerieten. Auch litte der Aufstieg mittelloser, aber ideenreicher Newcomer, wenn sie sich gegen das Besitzrecht eines etablierten Geldadels durchsetzen müssen. Die Entwicklung der beiden angelsächsischen Volkswirtschaften (England, USA), in denen die Mill'schen Maximen befolgt werden und noch immer werden, bestätigt, daß die Verletzung des Eigentumsrechts der Toten weder die Demokratie noch die Leistungskraft der Volkswirtschaft untergraben hat – im Gegenteil: Beides wurde gestärkt. Eine kontinuierlich hohe Erbschaftsbesteuerung schützt die Bürgergesellschaft vor sozialen Konflikten und sozialer Revolution.

Die Partei „Soziale Mitte“ wird sich auch dafür einsetzen, daß Ursachen für Krisen, die aus reiner Gewinnsucht entstehen können, wie z. B. die Nahrungsmittelkrise, die Rohstoffkrise, durch geeignete Maßnahmen verhindert werden.

Wir werden uns dafür einsetzen, daß alte und bewährte Tugenden wieder in den Mittelpunkt der wirtschafts- und finanzpolitischen Betrachtung gerückt werden. Die Arbeit ist die Ursache allen Wohlstands, des privaten wie des öffentlichen – und nicht das Kapital! Daher ist, aus welchen Gründen auch immer, ungetane Arbeit oder Arbeitslosigkeit verschenkter Wohlstand, eine Ressourcenverschwendung, die sich weder Gesellschaft noch Staat leisten können und dürfen.

Sozialpolitik

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein sozialer Rechtsstaat. In einem Rechtsstaat ist das oberste Prinzip die Gerechtigkeit.

Gerechtigkeit liegt jedoch nur dann vor, wenn Gleichheit unter den Menschen hergestellt wird.

Die Partei „Soziale Mitte“ wird sich dafür einsetzen, daß wieder Gleichheit und Solidarität zwischen den Menschen in unserer Gesellschaft hergestellt wird.

Wirtschafts- und Sozialpolitik stehen in einer unlösbaren Verbindung miteinander:

Tatsächlich sind um so weniger sozialpolitische Eingriffe und Hilfsmaßnahmen notwendig, je erfolgreiche die Wirtschaftspolitik gestaltet werden kann.

Damit soll aber nicht gesagt werden, daß eine auch noch so gute Wirtschaftspolitik in modernen Industriestaaten keiner Ergänzung durch sozialpolitische Maßnahmen bedarf. Andererseits aber gilt der Grundsatz, daß jede wirksame soziale Hilfe nur auf der Grundlage eines ausreichenden und wachsenden Sozialproduktes, und das bedeutet eben einer leistungsfähigen Wirtschaft, zu ermöglichen ist.

Dazu gehört auch, daß Löhne und Gehälter leistungsrecht gestaltet werden, da die Finanzierung des Sozialstaates auch wesentlich von der Höhe der gezahlten Löhne und Gehälter abhängt.

Lohn- und Gehaltssenkungen führen zu Mindereinnahmen in den Sozialversicherungen und weiteren Kürzungen im Sozialbereich.

In einer solidarischen Gesellschaft, für die sich die Partei „Soziale Mitte“ einsetzen wird, haben alle Teile der Gesellschaft ihren Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens entsprechend ihrer persönlichen Leistungsfähig zu leisten.

Zur Finanzierung der Sozialsysteme haben nicht nur die Arbeitnehmer, sondern auch die Arbeitgeber beizutragen.

Sozialpolitik kann auch nicht privat finanziert werden. Private Versicherungen im Bereich der Sozialpolitik unterliegen den starken Schwankungen des Finanzmarktes und können im Extremfall zu einem Totalausfall führen mit der Folge, daß dann wieder aus den öffentlichen Haushalten diese Risiken finanziert werden müssen. Außerdem sind staatliche Versicherungen wesentlich effektiver, da deren Verwaltungsaufwand nicht nur geringer ist, sondern auch als Folge der Ausgestaltung als Zwangsversicherung keine Werbekosten finanzieren müssen.

Mit einer an dem Allgemeinwohl orientierten Wirtschafts- und Finanzpolitik, für die sich die Partei „Soziale Mitte“ einsetzen wird, sind wir in der Lage, dem Bürger leistungsfähige Sozialversicherungen für den Ruhestand, im Krankheits- und Pflegefälle und im Falle der Arbeitslosigkeit zu bieten.

Der bessere Sozialstaat ist nicht der, der höhere Sozialleistungen bereitstellt, sondern der, der sie überflüssig macht: Wer einen Arbeitsplatz hat und gut verdient braucht keine soziale Hilfe. Wer sehr gut verdient, dem ist es zuzumuten, daß er selbst als Angehöriger eines dezimierten Jahrgangs ein Fünftel oder mehr für den Ruhestand der Vorgängergeneration aufbringt.

Rentenversicherung

Gegen das Prinzip der Gerechtigkeit ist in keinem Bereich so vehement verstoßen worden wie im Bereich der Rentenversicherung.

Seit Beginn der Bundesrepublik Deutschland wurde immer in der Rentenpolitik eine Politik nach Kassenlage gemacht. Eine Politik nach Kassenlage ist jedoch ein gravierender Verstoß gegen das Gerechtigkeitsprinzip.

Die Partei „Soziale Mitte“ wird sich dafür einsetzen, daß die Rentenversicherung nicht mehr zur Finanzierung anderer notwendiger politischer Maßnahmen herangezogen wird, um die allgemeinen Haushalte nicht belasten zu müssen.

Unser Ziel ist es auch, das Wissen und die Erfahrung, das sich die Arbeitnehmer in vielen Berufsjahren in den Betrieben zu deren Wohle angeeignet haben, auch weiterhin nutz- und gewinnbringend für die Betriebe zu erhalten und auszubauen und nicht zugunsten einer an kurzfristig orientierten gewinnsteigernden Betriebsphilosophie zu opfern und durch Frühverrentungen Finanzmittel von den Sozialkassen in die Unternehmungen zur Renditesteigerung umzuschichten.

Die Wiederherstellung des früheren, ordnungsgemäßen Zustandes in der sozialstaatlichen Rentenversicherung muß so gestaltet werden, daß auch ein Geringverdiener, der zur Bildung von Ersparnissen nicht in der Lage ist, eine auskömmliche Sozialrente beziehen kann, ohne zur Aufstockung seiner Altersversorgung eine kapitalgedeckte Versicherung abschließen zu müssen. Unabhängig von dieser Sozialstaatsrente kann der Arbeitgeber mit einer Betriebsrente und der Arbeitnehmer selbst mit Kapitalbildung seine Altersversorgung aufstocken.

Jeder Mensch empfindet es als ungerecht, wenn aus der Rentenversicherung Leistungen bezahlt werden, die die Gesellschaft insgesamt tragen müßte. Wir werden uns daher dafür einsetzen, daß sämtliche versicherungsfremde Leistungen aus dem Leistungskatalog der Rentenversicherung ersatzlos gestrichen werden. Hier sind beispielsweise zu nennen: Entziehungskuren, Mutter-Kind-Kuren u. v. a. m.

Wir wollen die Rentenversicherung zu einem verlässlichen Instrumentarium umbauen, mit dem der Bevölkerungsteil, der aus dem aktiven Arbeitsleben ausgeschieden ist, angemessen und entsprechend der Lebensleistung versorgt werden kann.

Zu einer angemessenen Versorgung im Alter gehören nicht nur Essen und Trinken, sondern auch die Befriedigung kultureller Bedürfnisse.

Versicherung bedeutet auch, daß derjenige, der seine Anlage und Fähigkeiten ausgebaut und während seines Erwerbslebens in höherem Maße zum Wohle der Gesellschaft beigetragen hat, auch höhere Altersbezüge erhalten muß. Eine Nivellierung auf ein einheitliches und niedrigeres Niveau verstößt gegen das Gerechtigkeitsprinzip.

Auch die Dauer der Einzahlung muß einen Einfluß auf die Höhe der Rente haben, da andernfalls das Leistungsprinzip verletzt wäre.

Auszahlungen aus der Rentenversicherung kann auch nur derjenige Versicherte erhalten, der tatsächlich eingezahlt hat.

Bevölkerungsteile, die aufgrund ihrer Lebens- und Erwerbsbiographie gar nicht oder nur teilweise in die Rentenversicherung einzahlen konnten oder eingezahlt haben, müssen aufgrund spezieller Gesetze aus den allgemeinen Haushalten versorgt werden.

Gegen das Prinzip der Gerechtigkeit verstößt auch die Kürzung der Pensionen bei den Beamten, um dadurch die Haushalte zu entlasten.

Mit Schaffung des Bundesbeamtengesetzes im Jahre 1951 wurde festgelegt, daß die Besoldung der Beamten gegenüber vergleichbaren Funktionen in der freien Wirtschaft vermindert wird, um aus diesem zu schaffenden Pensionsfond die anschließenden Pensionen zu bezahlen. Dieser Pensionsfond wurde nie gebildet. Dieser Gelder sind in die allgemeinen Haushalte geflossen.

Ebenso werden seit 1982 die Gehaltssteigerungen der Beamten zum Aufbau einer Versorgungsrücklage um 0,2 Prozent verringert. Auch diese Versorgungsrücklage wird immer wieder zur Deckung von Haushaltslücken herangezogen.

Verstöße der Politik gegen Gesetze und anerkannte hergebrachte Grundsätze, die dazu führen, daß das Vertrauen in die Verlässlichkeit der Politik untergraben wird, wird die Partei „Soziale Mitte“ mit allen Kräften verhindern.

Der Aufbau eines Kapitalstocks als zweite Säule neben der sozialstaatlichen Rentenversicherung nach dem Riester- oder Rürup-Modell über private Versicherungen birgt ein äußerst hohes Risiko in sich, da in nicht gerade seltenen Extremfällen aufgrund von Schwankungen in den Finanzmärkten und Fehlspekulationen der auf den Finanzmärkten agierenden Akteure der Totalverlust dieser Säule eintreten kann. Diese Tatsache kann dazu führen, daß die Überschußbeteiligungen der Renten- und Lebensversicherungen gegen Null tendieren und dadurch die Verzinsung die Inflationsrate nicht ausgleicht mit der Folge, daß der Kapitalstock schwindet. Gerade die älteren deutschen Bürger haben in der von Amerika ausgegangenen Weltwirtschaftskrise 1929 den Totalverlust ihrer

Ersparnisse erlebt. Die wiederum von Amerika ausgegangene Finanzmarktkrise der Jahre 2007/2008 hat nicht nur gezeigt, daß alle privaten Kapitalreserven die Gefahr des Totalverlustes in sich bergen, sondern nur das dynamisierte Umlageverfahren eine angemessene und verlässliche Sicherung der Alters- und Ruhestandsbezüge bietet.

Die Partei „Soziale Mitte“ wird sich auch dafür einsetzen, daß die Produktivitätssteigerungen rentenerhöhend in die Rentenversicherung einfließen (Maschinensteuer), da durch die Produktivitätssteigerung in der Regel ältere Arbeitnehmer entlassen und durch Maschinen ersetzt werden.

Ludwig Erhard hat schon bei der Einführung der sozialen Marktwirtschaft vor einer Aufsplitterung der Volkswirtschaft gewarnt, wenn jede einzelne Schicht und jede Klasse, jeder einzelne Stand glaubt, sein eigenes Leben führen zu können. „Wenn also beispielsweise die freien Berufe, seien es nun die Ärzte, die Anwälte oder die Wirtschaftsprüfer, darangehen, sich hinsichtlich ihrer Versorgung abkapseln zu wollen, dann wird diese Sicherheit in immer engerem Rahmen auch ständig problematischer werden.“

Daher müssen auch die berufsständischen Versorgungswerke unter Berücksichtigung der sozialen Rentenversicherung ausgestaltet werden.

Die Rentenversicherungsbeiträge müssen so gestaltet werden, daß Menschen mit höherem Einkommen einen höheren Beitrag leisten als Menschen mit geringem Einkommen und dadurch mit ihrem gesamten Einkommen zur Finanzierung des sozial ausgestalteten Gesundheitswesens beitragen.

Daher wird sich die Partei „Soziale Mitte“ dafür einsetzen, die Beitragsbemessungsgrenze in der Rentenversicherung abzuschaffen.

Im Rahmen einer nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik, die zur Stärkung der Binnenmarktes führt, wird sich die Partei „Soziale Mitte“ dafür einsetzen, die „Rente mit 67“ abzuschaffen, da auch unter den jetzigen demographischen Verhältnissen eine sozialstaatliche Rente finanzierbar ist, die es Bürger ermöglicht, einen sorglosen Ruhestand zu genießen.

Neben den bereits aufgezeigten Gefahren für eine über den Kapitalmarkt finanzierten Altersversorgung (Riester- oder Rürup-Rente) ist auch die wesentlich geringere Effizienz gegenüber der Sozialrente anzusprechen. Eine Altersversorgung über den Kapitalmarkt geht mit hohen Kosten für Werbung, Verwaltung und insbesondere für variable ergebnisabhängige Vergütungen/Beteiligungen, die sich am Umsatz resp. Gewinn orientieren (Tantiemen), einher. Auch können die privaten Versicherungsgesellschaften durch eine überhöhte - nicht der tatsächlichen Lebenserwartung entsprechende - Sterbewahrscheinlichkeit ihren Gewinn zu Lasten der Versicherungsnehmer steigern.

Jedes Rentenversicherungssystem, ob sozialstaatlich oder privatwirtschaftlich organisiert, ist abhängig von der aktuell erwerbstätigen Bevölkerung. Es gibt keine Kapitalsammlung von Generation zu Generation, kein „Sparen“ im privatwirtschaftlichen Sinne, es gibt einfach gar nichts anderes als das laufende Volkseinkommen als Quelle für den Sozialstaat (Mackenroth-Theorem). Beispiel ist das eigene Haus, das Edelmetall und auch das Geld dann nichts mehr wert und kann nicht der Altersversorgung dienen, wenn keine Nachfrage danach besteht.

Bereits der letzte Börsencrash von 2001/02 machte deutlich, daß sich der Sparer weder auf die Rentabilität noch Auszahlungsleistung der privaten Lebensversicherung verlassen kann.

Es liegt im gemeinsamen Interesse der sozial wie der privat versicherten Altersrentner, daß ein System gefunden wird, das die Risiken der einen aus Konjunktur und Arbeitsmarkt und die anderen aus Konjunktur und Börse so gering hält, wie dies in einer Marktwirtschaft nur eben möglich ist. Die Ansprüche beider Rentnergruppen auf Alterssicherung haben Eigentumscharakter. Das gilt für die Sozialversicherungsansprüche im gleichen Maße wie für die Besitzstände der Privatversicherten und der privaten Versicherungswirtschaft.

Die kapitalgedeckte Sozialrente verschleiert einen grundlegenden und aufhebbaaren geldwirtschaftlichen Zusammenhang: Nicht das angesparte „Kapital“ finanziert die Rente, sondern das zum Zeitpunkt der Kapitalauflösung verdiente „Einkommen“. Es ist immer das Einkommen „Dritter“, das die Rentenleistung finanziert: Jemand muß die zum Verkauf anstehenden Vermögenswerte der Alterssparer kaufen und dazu in der Lage sein. Die Geldwirtschaft hebt den Generationenvertrag nicht auf. Sie belastet ihn mit zwei gravierenden Marktrisiken: dem realen Risiko größerer Kaufkraftschwankungen und dem nominalen unvorhersehbarer Kapitalwertschwankungen. Demgegenüber ist die beitragsfinanzierte Einkommensumverteilung inflationsneutral und bleibt damit auch wesentlich zukunftssicherer.

Im einen wie im anderen Fall bleibt jedoch der volkswirtschaftliche Zusammenhang unangetastet, daß alle „abgeleiteten“ (Transfer- und Sozial-)Einkommen dem Topf des von der Nation gemeinsam erwirtschafteten Bruttoinlandsprodukts entnommen werden müssen. Der Finanzierungsmodus dieser Einkommen ändert nichts daran – die Einkommen der jungen und aktiven Generation werden entweder mit Abgaben belastet, oder sie zahlen aus demselben Einkommen Zinsen, Dividenden, Mieten an die Alterssparer oder kaufen zulasten ihrer laufenden Ausgaben deren Vermögensgüter. Die Einkommensübertragung findet so oder so statt. Die Frage ist nur wie: geordnet, transparent und übersehbar oder „wild“ und unberechenbar an den Geld- und Gütermärkten. Die Wirkung auf das den Jungen und Aktiven zur Verfügung stehende Realeinkommen ist dieselbe. Es reduziert sich entweder über die zu leistenden Sozialabgaben oder an den Märkten über die Kosten des Kapitaldienstes und der Kapitalbeschaffung. Die Wirkung auf ihren Vermögensstatus ist ebenfalls ähnlich: Im einen Fall erwerben sie Eigentumsansprüche auf das System (an ihrer Rente), im anderen Fall gelangt zwar das Eigentum direkt in ihren Besitz und auf ihr Konto – doch was es später wert ist, konnte jeder beleseene Bürger im Verlauf der Wirtschafts- und Finanzkrise 2007/08 verfolgen.

Die Spargroschen der Älteren zur Sicherung des Lebensabends entheben weder den Sozialstaat von seinen Fürsorgepflichten, noch entlassen sie die Jüngeren aus ihrer Verantwortung für die aus dem Erwerbsleben ausgeschiedene Rentnergeneration. Jede Generation profitiert von der Lebensleistung der vorangegangenen: ihrem Wissen, ihrer Arbeit, ihren Investitionen; sie benutzt ihren Kapitalstock, ihre Innovationen, ihre Infrastruktur, ihre Lehren, Erfahrungen und Regeln für ein friedliches Zusammenleben in der Gesellschaft. Den Lebenszuschnitt der Älteren infrage zu stellen wäre nicht nur ein Rückfall in die Barbarei der Steinzeit. Es wäre ein ökonomischer Fehler mit schwerwiegenden Folgen. Vermögen, Einkommen und

öffentlicher Einfluß der älteren Generationen stellen ein erhebliches Markt- und Machtpotential dar. Selbst erste Anzeichen eines Generationenkonflikts würden sich auf die Stimmung in der Wirtschaft, die Kapital- und Gütermärkte übertragen und sich negativ auf die Verdienst- und Zukunftschancen der jüngeren Generation auswirken.

Krankenversicherung

Solidarität und Gerechtigkeit müssen auch die vorherrschenden Prinzipien in der sozialen Krankenversicherung sein.

Priorität in der Krankenversicherung muß die Verhinderung der Erkrankung haben. Die Gesundheitsvorsorge muß ausgebaut und das Gesundheitsbewußtsein in der Bevölkerung gestärkt werden.

Die Partei „Soziale Mitte“ spricht sich eindeutig gegen pauschale Beitragssätze in der Krankenversicherung aus.

Neben strukturellen Reformen, die zu einer höheren Wirtschaftlichkeit sowohl im ambulanten als auch und insbesondere im stationären Bereich führen müssen, muß der Lobbyismus insbesondere im Gesundheitswesen komplett abgeschafft werden. Namentlich sind hier die Pharmaindustrie und die Apothekerverbände zu nennen. Die Partei „Soziale Mitte“ wird sich dafür einsetzen, daß auch in ländlichen Gebieten eine ausreichende ärztliche Versorgung sowohl mit Allgemeinmedizinern als auch mit Fachärzten sichergestellt wird. Ferner fordern wir zur Optimierung der stationären Behandlung und Verringerung möglicher ärztlicher Fehldiagnosen und ärztlicher Kunstfehler eine flächendeckende Notfallversorgung mit Allgemeinkrankenhäusern und besonders spezialisierten Fachkliniken für komplizierte und schwerwiegende Eingriffe.

Das gesamte Gesundheitssystem muß effizienter gestaltet werden. Alle nicht unmittelbar der Gesundheitsvorsorge und der Heilung des Patienten dienenden Einrichtungen müssen abgeschafft werden. Zu nennen sind hier beispielhaft die kassenärztlichen Vereinigungen.

Neben der Eindämmung der Verwaltungsarbeit der Ärzte und des Pflegepersonals zur Steigerung der Betreuung der Patienten fordern wir eine deutliche Reduzierung der Krankenkassen, um Kosten einzusparen.

Die Krankenkassen dürfen zukünftig nur noch Leistungen erbringen, die unmittelbar der Gesundheitsvorsorge und der Heilbehandlung der Versicherten dienen. Werbung und andere nicht unmittelbar dem Versicherten dienenden Ausgaben dürfen nicht mehr getätigt werden.

Die Beiträge müssen so gestaltet werden, daß Menschen mit höherem Einkommen einen höheren Beitrag leisten als Menschen mit geringem Einkommen und dadurch mit ihrem gesamten Einkommen zur Finanzierung des sozial ausgestalteten Gesundheitswesens beitragen.

Daher wird sich die Partei „Soziale Mitte“ dafür einsetzen, die Beitragsbemessungsgrenze in der Krankenversicherung abzuschaffen.

Sämtlich durch das Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Modernisierungsgesetz, GMG) eingeführten Belastungen, das mit Wirkung vom 1. Januar 2004 in Kraft getreten ist, müssen zurückgenommen werden.

Besonders sind hier hervorzuheben: Zuzahlungen zu Medikamenten, Übernahme der Kosten für ärztlich verordnete rezeptfreie Medikamente durch die Krankenkassen, quartalsweise Zuzahlungen beim Arztbesuch, tägliche Zuzahlungen bei stationärer Behandlung, Gleichbehandlung mit den Abgeordneten im Sterbefalle, d. h. Wiedereinführung des Sterbegeldes, Erstattung der Kosten für Sehhilfen sowie Anhebung der Erstattungen bei Zahnersatz und insbesondere die Änderung der Arzneimittelpreisverordnung dahingehend, daß der 3-%-tige Zuschlag für Fertigarzneimittel zuzüglich einer Pauschale von 8,10 Euro sowie der Umsatzsteuer ersatzlos gestrichen werden, der als Ausgleich für bedingt durch die Herausnahme rezeptfreier Medikamente aus der Verordnungsmöglichkeit mögliche eintretende Umsatzausfälle der Apotheker gedacht ist.

Die nicht nachvollziehbare Besteuerung von Gesundheitsdienstleistungen und Medikamenten in der Krankenversicherung mit dem vollem Mehrwertsteuersatz muß abgeschafft werden. Der Mehrsteuersatz muß wie bei Tierfutter und anderen Produkten, die lediglich der Freizeitgestaltung dienen, auf 7 % gesenkt werden.

Kostendämpfung als Maxime der Politik ist ein Rezept zur Verewigung von Stagnation und Krise in der Volkswirtschaft.

Die Kosten des einen Teilnehmers in der Volkswirtschaft sind die Einnahmen des anderen Teilnehmers.

Pflegeversicherung

Die Partei „Soziale Mitte“ vertritt die Auffassung, daß ein pflegebedürftiger Mensch so lange wie nur eben möglich in seinem familiären Umfeld oder so lange wie möglich in seinem bisherigen räumlichen Umfeld leben soll. Die häusliche Pflege muß daher ausgebaut werden. Die Pflege in einem Pflegeheim muß die letzte Möglichkeit bleiben und nicht zur Regeln werden.

Arbeitslosenversicherung

Die beste Arbeitslosenversicherung ist die, die nicht benötigt wird.

Daher wird sich die Partei „Soziale Mitte“ dafür einsetzen, daß unser Wirtschaftskonzept, das auf den Prinzipien der Erhardschen sozialen Marktwirtschaft beruht, konsequent umgesetzt wird, um mögliche Zeiten der Arbeitslosigkeit so gering wie möglich zu halten. Durch Arbeitslosigkeit bedingte Lücken in der Erwerbsbiographie reduzieren auch die Rentenhöhe.

Sollte jedoch ein Arbeitnehmer unverschuldet arbeitslos werden, so muß sich die Anspruchshöhe sowohl in der Einzahlungsdauer als auch in der Einzahlungshöhe widerspiegeln.

Bildungspolitik

Ausgehend von der Tatsache, daß die Auswanderung von gut ausgebildeten Handwerkern, Facharbeitern, Meistern, Techniker, Ingenieuren, Ärzten und sonstigen Angehörigen naturwissenschaftlicher Berufe sowohl durch gezielte Abwerbung anderer Staaten als auch und insbesondere aufgrund der nicht mehr vorhandenen beruflichen Perspektiven in Deutschland zu einem ernsthaften Problem geworden ist, will die Partei „Soziale Mitte“ einen besonderen Schwerpunkt auf die Bildung legen.

Bildung und Ausbildung sind für die Zukunft unseres Landes von hoher Bedeutung. Sie müssen unseren Kindern kostenfrei zugänglich gemacht werden.

Als rohstoffarmes Land liegen unsere Ressourcen in der Bildung.

Schließlich sind gut ausgebildete Wissenschaftler, Ingenieure, Techniker und Handwerker der einzige Rohstoff, mit dem das Land aufwarten kann.

Nur der Rohstoff Wissen durch eine seit Jahrhunderten in dem Land der Dichter und Denker vermittelten bewährten Bildung ist die Grundlage für die wirtschaftliche und finanzielle Wiederherstellung Deutschlands. Denn wenn Forscher fehlen, wird es auch keine kreativen Unternehmer geben, die Deutschlands Produktion steigern können.

Die Weichen für eine gute Bildung und Ausbildung werden schon Kleinkindalter gestellt.

Die Vermittlung von Bildung ist eine staatliche Kernaufgabe und darf nicht kommerzialisiert werden.

Der Staat muß mit der Förderung des Nachwuchses so früh wie möglich beginnen: im Kindergarten und in der Grundschule – also dort, wo Basiswissen und Basisfähigkeiten entwickelt werden und wo die Defizite eines desinteressierten oder überforderten Elternhauses noch ausgeglichen werden können. Der Staat muß die Verantwortung für die heranwachsenden Generationen übernehmen und kann sie nicht allein der Einsicht und dem Gutdünken der Familien überlassen. Kompetenzen im Schreiben, Lesen und Rechnen sind dabei ebenso wichtig wie solche im sozialen Miteinander. Sie zu erlangen spart der Gesellschaft spätere Kosten für Nachschulungen und Transferzahlungen für schwervermittelbare oder schwerintegrierbare Gruppen. Gerade der Mangel an sozialen Fähigkeiten ist nicht nur ein Problem von Kindern aus Elternhäusern mit geringem sozialem Status.

Ein Staat, der einerseits mit einer steigenden Überalterung der Bevölkerung und der damit einhergehenden Zunahme an Pflegeaufwendungen umgehen lernen muß und der andererseits unter der Last der sozialen Kosten ächzt, kann sich eine Generation an Egomane und Sozialverweigerern nicht leisten.

Nur wenn sich die Kinder als Teil des Ganzen begreifen lernen, werden sie einen Gerechtigkeitssinn entwickeln, der sie später befähigt, politisch zu urteilen und zu

handeln. Der Grundstein dafür wird im Kindergarten und in den ersten Klassen gelegt. Integrative und instruktive Maßnahmen im Jugendalter setzen zu spät an.

Das dreigliedrige allgemeinbildende Schulsystem ist abzuschaffen und durch ein durchlässiges Schulsystem zu ersetzen, so daß auch Kindern aus einkommensschwachen Familien ein Studium ermöglicht werden kann.

Die Partei „Soziale Mitte“ will auch wieder die berufliche Bildung durch das bewährte und auch im Ausland anerkannte deutsche duale Ausbildungssystem, das ein paralleles Lernen sowohl in der Berufsschule als auch im Betrieb ermöglicht, fördern. Das duale Ausbildungssystem ist ein bedeutender Standortfaktor. Dies ist durch die Durchlässigkeit des Arbeitsmarktes innerhalb der EU besonders deutlich geworden. Ausländische Fachkräfte verfügen vielfach nicht über das erforderliche theoretische Rüstzeug und die notwendigen handwerklichen Fähigkeiten, die für die Herstellung von Spitzenprodukten mit höchsten qualitativen Anforderungen erforderlich sind, mit denen wir in der Konkurrenz auf dem Weltmarkt bestehen können. Daher müssen die von der rot-grünen Regierung abgeschafften oder reduzierten Qualifikationsanforderungen wieder in allen Berufszweigen eingeführt oder gestärkt werden.

Der „Bologna-Prozeß“ der EU ist wieder rückgängig zu machen. Die bisherigen Erfahrungen mit den Bachelor- und Master-Studiengängen zeigen, daß das deutsche Diplom als universitärer Abschluß qualitativ hochwertiger und wertvoller ist.

Die Partei „Soziale Mitte“ wird sich dafür einsetzen, daß die Bildungspolitik einen herausragenden Stellenwert in Deutschland erhält und unsere Hochschulen, Schulen und Bildungseinrichtungen mit den erforderlichen Haushaltsmitteln ausgestattet werden.

Die Partei „Soziale Mitte“ mißt auch der Integration eingewanderter Menschen, sowohl Kindern und Erwachsenen, aus fremdsprachlichen Ländern und Kulturen einen hohen Stellenwert bei. Hierfür sind sowohl Sprachkurse als auch die Vermittlung von Kenntnissen der deutschen Geschichte, Kultur, Werte, Bräuche und Lebensweisen vorzusehen. Die Teilnahme an diesen kostenfreien Integrationskursen ist Pflicht und mit Qualitätsaussage abzuschließen.

Ein wesentlicher Hemmschuh im Bereich der Bildungspolitik ist das Föderalismusprinzip. Über Bildungsinhalte und die finanzielle Ausstattung der Bildungseinrichtungen bestimmen größtenteils die Länder, obwohl Deutschland unter dieser Kleinstaaterei der Bildungspolitik leidet.

Daher wird sich die Partei „Soziale Mitte“ dafür einsetzen, daß das Schlüsselinstrument Bildungspolitik in dem Kompetenz des Bundes kommt, damit einerseits das Bildungssystem effizienter gestaltet werden kann und andererseits steuerverschwendende Doppelstrukturen abgeschafft werden können.

Wir sind nur dann in der Lage, in einer von Naturwissenschaft und Technik geprägten Welt mit der rasanten globalen Entwicklung Schritt zu halten, wenn wir in die Leistungsfähigkeit und das Wissen unserer Gesellschaft investieren. Nur eine hochwertige Bildung von der Wiege über die Ausbildung bis hin zu einem lebenslangen Lernen entscheidet letztlich über den Wirtschaftsstandort Deutschland

und damit über die Höhe der Einkommen der abhängig Erwerbstätigen und somit auch über die Höhe der Renten und der Versorgungsbezüge.

Familienpolitik

Obwohl das traditionelle Familienbild für immer weniger Menschen ein geeigneter Lebensentwurf ist, wird sich die Partei „Soziale Mitte“ für eine Stärkung der Familie einsetzen. Dabei wird die Familie mit Kindern, die die Zukunft für unser Gemeinwesen sind, eine besondere Berücksichtigung finden.

Familien mit Kindern müssen verstärkt durch Betreuungsangebote unterstützt werden und weniger durch Transferzahlungen. Diese Familien müssen durch das Ehegattensplittingverfahren finanziell angemessen entlastet werden.

Ehepaare ohne Kinder müssen Ledigen und Geschiedenen steuerlich gleichgestellt werden.

Aufgrund unserer demographischen Entwicklung, die dazu führen könnte, daß die Versorgung der älteren pflegebedürftigen Mitbürgerinnen und Mitbürger in Gefahr geraten könnte, sollte jede Form des freiwilligen Zusammenlebens von Menschen unterstützt und gefördert wird.

Durch die Erweiterung des Familienbegriffs in diesem Sinne kann sichergestellt werden, daß die Partner für einander einstehen und dadurch das Gemeinwesen von möglichen Sozialkosten entlasten.

Zur Stärkung des Zusammenhalts der Familien muß sowohl das Scheidungs- als auch das Unterhaltsrechts der fortschreitenden Bindungslosigkeit – man denke nur an den unschönen und menschenverachtenden Begriff Lebensabschnittspartner – durch die Abschaffung des Zerrüttungsprinzips und Wiedereinführung des Schuldscheidungsrechts Rechnung getragen werden.

In allen Rechtsgebieten in der Bundesrepublik Deutschland wird nach der Schuld gefragt; nur nicht im Eherecht. Dies ist nicht nur systemwidrig, ein eklatanter Verstoß gegen die menschliche Vernunft und auch und insbesondere ein verfassungswidriger Verstoß gegen das Prinzip der Gerechtigkeit.

Jedem Partner muß nach seiner individuellen Schuld bei der Unterhaltsbemessung und bei der Festsetzung des Versorgungsausgleichs ein gequotelter Beitrag zu den Scheidungsfolgen auferlegt werden. Das kann und muß in Extremfällen sogar so weit gehen, daß einem Partner kein Unterhalt und auch kein Versorgungsausgleich zugesprochen werden.

Insbesondere wird sich die Partei „Soziale Mitte“ dafür einsetzen, daß Ungerechtigkeiten aus dem Scheidungsfolgenrecht beseitigt werden, die nur dazu dienen, dem Staat die Einnahmeseite zu stärken.

Stirbt ein geschiedener und unterhaltsberechtigter Partner, so sind die Rente oder die Versorgungsbezüge unverzüglich um den gekürzten Betrag aufgrund des Versorgungsausgleichs sofort wieder auf den Regelsatz der Rente oder Versorgungsbezüge anzuheben.

Rechtspolitik

Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland seit 1945 hat gezeigt, daß es zwischen den Bundesländern große wirtschaftliche Leistungsunterschiede gibt. Es gibt Bundesländern, die nur aufgrund des Länderfinanzausgleichs überlebensfähig sind.

Subventionen zur Erhaltung einzelner Bundesländer lassen jedoch jedweden Leistungsanreiz erlahmen und führen zu immer höheren Umverteilungen mit steigender Steuerbelastung.

Die Partei „Soziale Mitte“ wird sich dafür einsetzen, daß eine Neugliederung der Bundesrepublik Deutschland mit einer Verringerung der Anzahl der Bundesländer durchgeführt wird, die das Instrument des Länderfinanzausgleichs überflüssig macht. Dabei müssen jedoch die regionalen und landsmannschaftlichen Besonderheiten weiterhin Berücksichtigung finden.

Auch die Landesparlamente, die in letzten Jahren immer mehr Kompetenzen an den Bund abgeben mußten, können verkleinert werden.

Es hat sich auch herausgestellt, daß diese Parlamente nicht mehr mit hauptamtlichen Abgeordneten besetzt sein müssen. Die noch zu erledigenden Aufgaben können im Nebenamt wahrgenommen werden.

Innenpolitik

Freiheit der rechtschaffenen Bürger und die Bekämpfung der Kriminalität bilden ein Spannungsfeld. Ein Mehr auf der einen Seite bedeutet in Weniger auf der anderen Seite.

Die Partei „Soziale Mitte“ wird sich dafür einsetzen, daß der Bürger eine größtmögliche Freiheit erleben und erfahren kann. Dazu ist es erforderlich, daß der Datenschutz sowohl im öffentlichen als auch im privaten Bereich ausgebaut wird. Insbesondere wollen wir verhindern, daß der „gläserne Mensch“ Wirklichkeit wird. Die totale Überwachung des Bürgers muß verhindert werden. Dies gilt besonders für den elektronischen Nachrichtenaustausch. Darunter könnte zwar die Kriminalitätsbekämpfung leiden; dies ist jedoch im Sinne der Freiheit des Bürgers hinzunehmen.

Wir sind der Auffassung, daß Deutschland ohne Zuwanderung nicht auskommen kann.

Die verfehlte Migrationspolitik der letzten Jahrzehnte bedarf einer grundlegenden Neuausrichtung. Wurde bisher den Interessen der Wirtschaft entsprochen und ungelernete Arbeitskräfte ins Land gelassen, so ist es heute erforderlich, hochqualifizierten Arbeitskräften den Zuzug zu gestatten. Insbesondere muß ausländischen Fachhochschul- und Hochschulabsolventen, die in Deutschland studiert haben, die deutsche Staatsbürgerschaft schnellstmöglichst zuerkannt werden, sofern sie darum ersuchen.

Der Nachzug von Familienangehörigen darf nur dann gestattet werden, wenn diese zuvor in ihrem Heimatland die deutsche Sprache erlernt und einen Eignungstest absolviert haben.

Politische Verfolgte genießen Asyl. Dieses grundgesetzlich verbriefte Recht muß mit strengen Maßstäben angewandt werden, um Missbrauch zu verhindern. Dazu ist es erforderlich, daß Asylverfahren auf ein paar Wochen zu begrenzen und den Rechtsweg zu vereinfachen.

Wirtschaftspolitischen Flüchtlingen muß eine eindeutige und klare Absage erteilt werden.

Europapolitik

Die Partei „Soziale Mitte“ bekennt sich zu einem Europa, in dem die Völker friedlich miteinander leben. Sie bekennt sich auch zu der geschichtlichen Verantwortung Deutschlands in der Welt.

Das Bekenntnis zu der geschichtlichen Verantwortung ist jedoch keine dauerhafter Prozeß, sondern ein Zeitraum, der spätestens dann abgeschlossen ist, wenn die Kriegsgeneration verstorben ist.

Ein friedliches Miteinander in Europa ist nur auf „Augenhöhe“ möglich. Kein Volk in Europa darf für seine Geschichte auf Dauer in die Verantwortung genommen werden.

Die gegenseitige kulturelle Bereicherung, die wir seit dem Ende des letzten Weltkrieges erleben durften, konnten wir nur auf der Grundlage dieses friedlichen Miteinanders erfahren.

Das Wirtschaftswunder, das uns nach dem Kriege aufgrund der Erhardschen sozialen Marktwirtschaft zu Teil geworden ist, wurde auch durch den Handel mit den europäischen Nachbarn befördert.

Die Partei „Soziale Mitte“ bekennt sich auch zu einem Europa, in dem ein freier Handel möglich ist und somit alle Bürger Europas von den Fähigkeiten und Vorteilen des Nachbarn zum Wohle aller Bürger profitieren können.

Ebenso wie innerhalb eines Landes, einer Nation, die regionalen Unterschiede, die der Identifikation seiner Bürger dienen, gewahrt werden müssen, so müssen auch die Staaten Europas ihre Eigenheiten und Gewohnheiten in vielfältigen Facetten behalten und dürfen nicht einer uniformen europäischen Gleichmacherideologie geopfert werden.

Maßstab für ein politisches Europa können nur die Bürger Europas sein. Nur das Wohlergehen des europäischen Bürgers unter besonderer Berücksichtigung der Leistungsfähigkeiten der einzelnen europäischen Staaten kann Leitlinie für ein politisches Handeln sein.

Die Partei „Soziale Mitte“ wird sich daher für ein politisch verfaßtes Europa einsetzen, in dem nur das unzweifelhaft politisch und wirtschaftlich Notwendige auf europäischer Ebene geregelt wird, das unter Berücksichtigung des Wohls der Einzelstaaten von einer allgemein, gleich, unmittelbar, frei und geheim von den Völkern Europas gewählten europäischen Regierung zur Gestaltung der Einheit zwingend erforderlich ist.

Die EU kommt nicht umhin, die Eigeninteressen ihrer Mitglieder von Wirtschaft bis Kultur ernst zu nehmen und zu respektieren. Wirtschafts- und Handelsinteressen müssen wieder national statt supranational wahrgenommen und geregelt werden, denn die EU hat bewiesen, daß es in Europa weder ein „supranationales Gemeinwohl“ noch ein „Gemeinschaftsinteresse“ gibt. Die gegenteiligen Behauptungen formulieren eine Fiktion und dienen lediglich dem Berufinteresse überzähliger EU-Kommissare und ihrer Beamten.

In einem politisch geeinten Europa haben nach der von uns vertretenen Meinung die Mitgliedsstaaten Vorrang. Nur die politischen Entscheidungen, die zwingend einer Abstimmung zwischen oder oberhalb der Nationalstaaten bedürfen, sollen in europäischen Institutionen gefällt werden, die so klein wie möglich, jedoch so umfangreich wie für eine effektive Aufgabenwahrnehmung erforderlich ausgestattet sind.

Die notwendigen europäischen Institutionen müssen höchsten direktdemokratischen Regeln entsprechen. Der Schwerpunkt der Entscheidungsfindung, insbesondere in grundlegenden und richtungsweisenden Politikfeldern, müssen in einem politisch geeinten Europa unmittelbar durch die Völker Europas mittels Volksbegehren und Volksentscheid etc. (Plebiszite) getroffen werden. Repräsentative Entscheidungen durch die direkt von den Völkern gewählten europäischen Institutionen, die in Form von zwei Kammern arbeiten müssen, müssen auf die laufenden Geschäfte beschränkt werden.

Entscheidend für, und dafür wird sich die Partei „Soziale Mitte“ verstärkt einsetzen, ein wirklich demokratisches Europa ist der Wahlgrundsatz: Ein Mann, eine Stimme. Nationale Interessenkollisionen auf europäischer Ebene werden durch die konsequente Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips verringert.

Alle Regierungsinstitutionen müssen mit den notwendigen Mitteln ausgestattet werden, jedoch so effizient wie nur eben möglich strukturiert und organisiert werden, daß die dafür erforderliche steuerliche Belastung der Bürger so gering wie möglich gehalten wird.

Nach unserer entschiedenen Auffassung soll das erwirtschaftete Volksvermögen den Bürgern zur Verfügung stehen und nicht für nicht erforderliche europäische Institutionen ausgegeben werden.

Die Partei „Soziale Mitte“ wird sich auch dafür einsetzen, daß die bereits schon durch die nicht durch die Völker der EU legitimierten europäischen Entscheidungen der institutionalisierten Organe, den Ministerrat und die Europäische Kommission, getroffenen grundlegenden und jeden einzelnen Bürger unmittelbar treffenden Entscheidungen durch nationale Volksentscheide überprüft werden.

Das wäre u. a. die Einführung des EURO, die Erweiterung der EU, die Aufnahme der Türkei in die EU als Vollmitglied, die „Europäische Verfassung“, die Dienstleistungsrichtlinie u. v. a. m.

Die Minister Europas haben nämlich zwei Hüte. Zu Hause sind sie Regierungsmitglieder und auch in Brüssel führen sie Exekutivaufgaben aus. In der EU sind sie aber auch noch Gesetzgeber. Alle Richtlinien, Verordnungen, Entscheidungen werden vom „Rat“, wie die Ministerversammlung kurz im EU-Jargon genannt wird, beschlossen, heute die meisten in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament. Das ist Teil der einzigartigen undemokratischen Konstruktion Europas, die allen demokratischen Regeln widerspricht.

So hat z. B. die Stimme eines Luxemburger Wählers elfmal so viel Gewicht wie die Stimme eines Deutschen. Entsprechend verzerrt ist auch das passive Wahlrecht. In Luxemburg benötigt ein Kandidat nur einen Bruchteil der Stimmen eines Deutschen, um ins Parlament einzuziehen.

Ebenso verfügt Deutschland im derzeit gültigen Nizza-System über 29 Stimmen, Österreich über 10 Stimmen und das kleine Luxemburg über 4. Umgerechnet auf die Bevölkerung haben im Rat 2,8 Millionen Deutsche eine Stimme, ebenso wie 820.000 Österreicher und 100.000 Luxemburger. Derartige Abstimmungen sind alles andere als demokratisch.

Es ist unbestreitbar, daß die Aufgabe der D-Mark der Preis für die Wiedervereinigung Deutschlands war. Exportorientierte Unternehmen befürworten die Einführung des EURO, da dadurch Kosten für Währungsrisiken entfallen. Zwischenzeitlich haben jedoch auch andere Völker erkannt, daß durch die Einführung des EURO die Lebenshaltungskosten gestiegen sind.

Die europäische Einheitswährung leidet an einem entscheidenden Mangel, nämlich daran, daß die einzelnen an der Zahlungsunion beteiligten Volkswirtschaften nicht mit bindender Kraft zu einem geordneten wirtschaftlichen und finanziellen Verhalten im Sinne der inneren Stabilität ihrer Volkswirtschaften veranlaßt oder gezwungen werden können.

Alle Staaten Europas, die an einer gemeinsamen Währung teilhaben wollen, müssen die gleichen Vorgaben erfüllen wie das sind: Haushaltsdisziplin, Wirtschaftspolitik, gleiche Steuerpolitik (kein „Steuerdumping“) etc.

Zu einem freien und gemeinsamen Markt gehören, gleich wie früher bei der Goldwährung, nicht Reichtum und Stärke, sondern nur die bescheidene Einsicht, daß auch ein Staat, ebensowenig wie ein Volk, über „*seine Verhältnisse*“ leben kann.

In der Bundesrepublik Deutschland wird bereits seit Jahrzehnten versucht, einheitliche Lebensbedingungen in allen Bundesländern und Regionen herzustellen. Diesem hehren Ziel sind wir bisher noch keinem Schritt näher gekommen, obwohl durch den Länderfinanzausgleich jährlich horrenden Steuermittel verschoben und dadurch der Bürger und auch die Wirtschaft nicht unerheblich mit Steuern belastet werden.

Die Vorstellung, man könnte unter dem Motto der „Harmonisierung“ in Europa, eine Gleichmacherei aller ökonomischen Verhältnisse betreiben, ist abwegig.

Dabei denkt man beispielsweise auch an die Löhne, Sozialleistungen, die Urlaubsregelungen, an die Bezahlung der Überstunden usw.

Die Anerkennung der Forderung einer sozialen Harmonisierung innerhalb Europas würde jedoch zur Aufhebung der Grenzen sämtlicher Regeln führen. Somit könnte

man mit gleicher Berechtigung die Forderung auf Einbeziehung der Energie- und Transportkosten oder der Steuern erheben.

Wollte man den Versuch unternehmen, alle betriebswirtschaftlichen Kostenelemente von Land zu Land und über einen größeren Bereich von Ländern hinaus so zu harmonisieren, d. h. auszugleichen, daß der Wettbewerb keine „störenden“ Wirkungen zeitigen kann, bedeutet dies nicht Integration, sondern eine Desintegration schlimmsten Ausmaßes.

Probleme im nationalen Bereich, das haben wir verstärkt bei der Einführung des EURO feststellen müssen, können zugleich auch eine Störung der zwischenstaatlichen Beziehungen bedeuten. Diese Erkenntnis darf aber nicht dahin führen, irgendeinem Land das Recht zu geben, seine Partner im europäischen Markt aufzufordern oder sogar zu zwingen, in schneller Folge fragwürdige Prinzipien des eigenen Landes zu Anwendung zu bringen.

Unter dem Stichwort „Harmonisierung“ geht das Ansinnen heute sogar so weit, die Lohnniveaus der einzelnen Mitgliedsstaaten anzugleichen. Diese Forderung ist volkswirtschaftlich einfach nicht realisierbar, denn von Sizilien bis zum Ruhrgebiet kann es keine gleiche Produktivität und mithin auch keine gleichen Arbeitskosten geben. Die Praktizierung dieses Grundsatzes würde gebietsweise sogar zu einem wirtschaftlichen Massensterben führen. Die Lohnkosten sind in ihrer jeweiligen Höhe ein Ausfluß der Produktivität und nicht die Voraussetzung einer gleichen Leistungskraft.

Niemand kann glauben wollen, daß es möglich sein könnte, in allen beteiligten Ländern quer durch alle Industriezweige einen gleichen Produktivitätsstandard zu setzen und einen gleichen Produktivitätsfortschritt zu erzielen. Selbst wenn durch künstliche Manipulationen an einem bestimmten Stichtag gleiche Startbedingungen gesetzt werden könnten, würde am Tage danach schon wieder Veränderung Platz greifen, weil die Vorstellungen und das Verhalten der Menschen und auch der Völker hinsichtlich ihres Sparen-und-Verbrauchen-Wollens, des Leistungsstrebens, ihres Fleißes u. ä. m. auch in einem gemeinsamen Markt niemals auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden können.

Jene Forderung beruht also auf einer völlig illusionären Verkennung ökonomischer Gesetze und Tatbestände, aber sie charakterisiert zugleich eine geistige Haltung, die sich in einem integrierten Europa unter keinen Umständen durchsetzen darf, wenn nicht menschliche Initiative und schöpferische Kraft, ja das Leben selbst, erstickt werden sollen.

Es ist also eine Illusion, die hinter diesen Vorstellungen steht, der Wahn, zu glauben, man könnte die natürlichen Gegebenheiten korrigieren und die strukturellen Bedingungen von Land zu Land mit künstlichen Mitteln so weit ausgleichen, daß jedes Land in jedem Bereich mit gleichen Kosten arbeitet. Wir halten dies – von der Unmöglichkeit, daß man dieses fragwürdige Ziel jemals wird erreichen können, einmal abgesehen - auch in keiner Weise für erstrebenswert.

Dann gäbe es auch keinen Hinderungsgrund mehr, wieder in die nationale Isolierung zurückzufallen, denn wenn jeder Mann jede Ware zu den gleichen Kosten anbieten kann, warum – so muß man sich fragen – soll man sie dann anderwärts kaufen? Hier verliert der zwischenstaatliche Gütertausch seinen letzten und eigentlichen Sinn. Das ist doch gerade die Ursache des zwischenstaatlichen Handels, daß alle Länder unter verschiedenen Bedingungen arbeiten, daß bei dem einen die Gunst auf dieser, bei dem andern auf jener Seite liegt, daß der eine da und jener dort leistungsfähiger

ist. Gerade hieraus erwächst ja die Notwendigkeit der gegenseitigen Ergänzung und die Fruchtbarkeit eines solchen Bemühens.

Diejenigen, die dieser Harmonisierungstheorie folgen, dürfen nicht der Frage ausweichen, wer die Opfer bringen und womit die Zeche bezahlt werden soll. In der praktischen Konsequenz muß ein solcher Wahn naturnotwendig zur Begründung sogenannter „Töpfchen“ führen, d. h. von Fonds, aus denen alle diejenigen, die im Nachteil sind oder es zu sein glauben, entweder entschädigt oder künstlich hochgepöppelt werden.

Das aber sind Prinzipien, die mit einer Marktwirtschaft nicht in Einklang stehen. Hier wird nicht Leistung prämiert, sondern das Gegenteil getan, es wird der Leistungsschwächere – aus welchen Gründen auch immer – subventioniert. Das scheint uns nicht das Prinzip zu sein, welches geeignete ist, echten Fortschritt zu bringen, jenen schnellen Fortschritt, den wir in Europa so notwendig brauchen. So läßt sich auch nicht das Ziel erreichen, die Lebensmöglichkeiten unseres Volkes und diejenigen aller europäischen Völker zu verbessern.

Die Funktion des europäischen Marktes beruht gerade auf der Möglichkeit und Notwendigkeit einer fruchtbaren Ergänzung der einzelnen Länder nach Maßgabe ihrer besonderen und unterschiedlichen Leistungskraft und der Vielfältigkeit der naturgegebenen und strukturellen Bedingungen und nicht auf einer „seelenlosen Gleichmacherei“.

Dazu bemerkte Ludwig Erhard bereits 1957: „Der liebe Gott hat seine Sache schon ganz gut gemacht, wenn er dem einen auf diesem Felde einen natürlichen Vorsprung eingeräumt hat, während anderen Völkern wieder andere Begünstigungen zuteil geworden sind.“

Die Partei „Soziale Mitte“ wird sich auch dafür einsetzen, daß alle an der Europäischen Union beteiligten Länder die gleichen Bedingungen erfüllen. Ausnahmen wie beispielsweise den sogenannten „Britten-Rabatt“ darf es nicht geben.

Eine Tatsache ist, daß sich die Europäer mit der Osterweiterung sämtliche Probleme der Globalisierung ins eigene Haus geholt haben. Das Wirtschaftsgefälle zwischen den westeuropäischen Staaten und den neuen Mitgliedern in Mittel- und Osteuropa ist beträchtlich. Die Wirtschaftsleistung der neuen ost- und mitteleuropäischen Länder macht zwischen 33 % (Lettland) und 70 % (Slowenien) des EU-Durchschnitts aus. Das genügt, um eine der weltweiten Entwicklung ähnliche Dynamik an Betriebsverlagerungen, Arbeitsmigrationen und Investitionsströmen auszulösen, von der Deutschland in besonders hohem Maße betroffen ist.

Der deutsche Steuerwissenschaftler Lorenz Jarass schreibt: „Es zeigt sich, daß vor allem große, international tätige Unternehmen streng nach geltendem deutschen Steuerrecht in der Lage, aus Konkurrenzgründen aber auch gezwungen sind, ihre Steuerzahlungen in Deutschland auch bei gutem Ertrag immer stärker zurückzufahren. Kleinere Unternehmen, vor allem der regional operierende Mittelstand, können aus vielen Gründen diese Steuerstrategien kaum nutzen. Wenn aber das Ergebnis dieses vom Gesetzgeber erlaubten und von den Marktkräften eingeforderten steuerlichen Handelns nicht nur eine massive Benachteiligung des inländischen Mittelstandes bewirkt, sondern Bund und Länder in wachsende Verschuldung treibt, Städte und Gemeinden bedrohlich verarmen läßt und damit

wesentliche Grundlagen der wirtschaftlichen Entwicklung untergräbt, dann müssen offensichtlich die einschlägigen Gesetze an die wirtschaftliche Realität angepaßt werden.“

Tatsächlich gehen in Deutschland die Steuern auf Gewinne und Vermögen seit Jahrzehnten fast kontinuierlich zurück. Die daraus resultierenden Finanzierungslücken wurden lange mit höheren Lohnsteuern und Sozialbeiträgen kompensiert.

2004 sind die Lohnstückkosten in Deutschland real gesunken. Diese Entwicklung beruht darauf, daß im Hochtechnologieland Deutschland jedes Jahr deutliche Produktivitätssteigerungen erzielt werden, die Löhne aber nur sehr moderat wachsen. Der Spielraum der Gewerkschaften bei den Lohnverhandlungen ist gering, weil sie die öffentliche Meinung gegen sich haben. Die Angst vor Arbeitslosigkeit ist in Deutschland derzeit so groß, daß die meisten Menschen schon froh sind, ihren Job zu behalten. Da verzichten sie ohne Protest auf ihren Anteil an der gestiegenen Produktivität. Auch die Medien tendieren in ihrer Berichterstattung zur Unterstützung der Unternehmensverbände, die ständig den internationalen Wettbewerb als Teufel an die Wand malen und von den Arbeitnehmern Bescheidenheit fordern. Dadurch profitieren nur die Unternehmen von den Produktivitätszuwächsen – was wiederum den rasanten Anstieg der Gewinne erklärt.

Die Dienstleistungsrichtlinie ermöglicht jedem Dienstleistungsunternehmen im EU-Ausland nach den Gesetzen seines Heimatlandes arbeiten. Das ist eine neue Qualität, die dazu geführt hat, daß die Löhne und Gehälter besonders in Deutschland unter Druck geraten. Dieses Herkunftsland-Prinzip verhindert nun nicht jede Kontrolle darüber, wer eine Dienstleistung erbringt, sondern auch noch über das Wie.

Ziel der Politik der Partei „Soziale Mitte“ wird es sein, den Finanztransfer zwischen den europäischen Ländern abzuschaffen. Jedes Land muß aus eigener Kraft und mit den Kenntnissen und Fähigkeit seiner Bürger den Anschluß an den Leistungsstärken erreichen.

Subventionen sind nicht nur Verschwendung von Steuermitteln, sondern lassen auch jedwede Leistungsbereitschaft erlahmen. Nur durch eine starke Konkurrenz werden schwächere Mitglieder zur Leistungssteigerung geführt.

Die Politik der Europäischen Union ist geradezu paradox. Auf der einen Seite soll durch Zahlung von Transferleistungen eine größtmögliche Harmonisierung in allen Bereichen erreicht werden, während hingegen durch die Dienstleistungsrichtlinie auf den Arbeitsmärkten große Konkurrenz zum Wohle der Verbraucher herrschen soll. Tatsächlich führt diese Dienstleistungsrichtlinie jedoch zur Verringerung der Löhne und Gehälter und benachteiligt so die abhängig Erwerbstätigen in sämtlichen Mitgliedsländern der EU.

Weltwirtschaftspolitik

Vielfach wird der Handel zwischen den Staaten mit dem Begriff der Globalisierung gleichgesetzt. Die Globalisierung, Ausrede und Unwort des Jahrhunderts, gibt es, seit Menschen auf diesen Planeten Güter, Geld und Erfahrungen austauschen, also schon sehr lange. Der entscheidende Faktor der Globalisierung ist jedoch die vollkommene Liberalisierung und zwar insbesondere auf den Arbeitsmärkten.

Was die Dienstleistungsrichtlinie innerhalb der EU ist, ist für die Weltmärkte das GATS. Das seit 1995 bestehende „General Agreement on Trade in Services“ ist ein Liberalisierungsabkommen für Dienstleistungen und eine der tragenden Säulen der aus 149 Ländern bestehenden Welthandelsorganisation (WTO). Ziel des GATS ist die totale Liberalisierung und Deregulierung aller Branchen in allen Mitgliedsländern und allen Erbringungsmodi.

So kommt es, daß ein Kilogramm Hühnerfleisch aus der EU im Senegal mit rund 0,82 Euro verkauft werden kann, während lokale Kleinbauern beinahe 2 Euro verlangen müssen, um kostendeckend arbeiten zu können. 2002 haben daher 40 Prozent der senegalesischen Hühnerzüchter ihren Betrieb eingestellt. In der Elfenbeinküste waren es 25 Prozent.

Die EU kann nur aufgrund der hohen Subventionen in der Landwirtschaft zu einem solch günstigen Preis seine landwirtschaftlichen Produkte verkaufen. Die dadurch in den beteiligten Ländern entstehende Arbeitslosigkeit der Kleinbauern führt zu den Strömen der Wirtschaftsflüchtlinge, die täglich versuchen, die europäischen Mauern zu überwinden.

Die Partei „Soziale Mitte“ wird sich dafür einsetzen, daß der EU-Bürger nicht doppelt für eine verfehlte Subventionspolitik bezahlen muß.

Auf der einen Seite werden die durch harte Arbeit der Bevölkerung erwirtschafteten Steuern in Form von Subventionen verschwendet; auf der anderen Seite die gleiche Bevölkerung zusätzliche Steuern dafür zahlen, daß Wirtschaftsflüchtlinge nicht nach Europa kommen können.

Eine derartig widersprüchliche Politik ist einem denkenden Europäer nicht zu vermitteln.

Eine kritische Beschreibung solch widersprüchlicher Wirtschaftspolitik, die es in vielen Branchen gibt, lautet wie folgt: Europäische Industriekonzerne dürfen sich praktisch zollfrei mit Rohstoffen eindecken, die in der Dritten Welt kostengünstig unter Arbeitsbedingungen gewonnen werden, die in Europa längst der Vergangenheit angehören. Gleichzeitig werden ihnen am europäischen Markt die Konkurrenten ferngehalten. Die echte Wertschöpfung soll in Europa stattfinden.

Da eine derartige Politik jedoch eines Tages zu großen Problemen führen und möglicherweise in kriegerischen Auseinandersetzungen enden könnte, wird sich die Partei „Soziale Mitte“ für eine ausgeglichene Weltwirtschaftspolitik einsetzen, die allen Menschen dient.

Umweltschutzpolitik/Energiepolitik

Die Partei „Soziale Mitte“ will eine aktive Politik zum Schutz der Umwelt betreiben. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß die Umwelt kein starres Gebilde ist, sondern auch einem ständigen Wandel unterliegt. Ständiger Wandel in der Umwelt bedeutet, daß sich nicht nur der Mensch ständig neuen Bedingungen anpassen muß, sondern auch die Tier- und Pflanzenwelt. Tatsache ist auch, daß noch nicht alle Tiere und Pflanzen dieser Erde entdeckt worden sind.

Wie menschliche Kulturen im Laufe der Geschichte gekommen und gegangen sind, so ist auch das Tier- und Pflanzenreich einem ständigen Kommen und Gehen unterworfen. Der Mensch hat keinen Anspruch darauf, daß sich sein Umfeld nicht verändert. Diesen naturgegebenen Vorgaben muß eine pragmatische Umweltschutzpolitik Rechnung tragen. Es wäre wider die natürlichen Prozesse in der Geschichte der Natur und ein naturzerstörerischer Eingriff, wenn der Mensch den Veränderungsprozeß aufhalten wollte.

Aus der Naturgeschichte der Erde ist bekannt, daß es bereits schon vor dem Zeitpunkt, wo der Mensch die Erde betreten hat, ausgesprochene Kalt- und Warmzeiten gegeben hat. Es gab bereits in der Geschichte der Erde Zeiten, in denen die Veränderungen größer als heute waren. Dies trifft u. a. sowohl für die Höhe der Temperaturen als auch für den CO₂-Ausstoß zu.

Um die finanzielle Belastung der Einkommen der Bürger, also auch die der Rentnerinnen und Rentner, so gering wie möglich zu halten, aber auch um die Wirtschaft zu entlasten, damit wir einen starken Binnenmarkt bekommen, wollen wir erreichen, daß nur wissenschaftliche Erkenntnisse in der Politik in politische Entscheidungen umgesetzt werden, die von tatsächlich unabhängigen und objektiven Wissenschaftlern stammen.

Umweltschutzpolitik und Energiepolitik bedingen einander.

Für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik, die dem Bundesbürger ein Leben im Wohlstand ermöglicht und den Rentnerinnen und Rentnern einen wohlverdienten Lebensabend beschert, ist eine an der Vernunft orientierte Energiepolitik absolute Voraussetzung.

Durch eine ideologisierte Energiepolitik entstehen für die privaten Haushalte zusätzliche Kostenbelastungen, die das zur Verfügung stehende Einkommen erheblich schmälert und dadurch Kaufkraft abzieht.

Die Partei „Soziale Mitte“ wird sich daher dafür einsetzen, daß alle Energieträger so optimal und kostengünstig wie nur eben möglich eingesetzt werden; davon darf keine Energieform ausgenommen werden.

Auch im Bereich des Energiemarktes müssen die Subventionen abgeschafft werden. Um eine kostengünstige Energieversorgung zu ermöglichen, muß auch in diesem Bereich durch eine Abschaffung der Energiekartelle wieder ein Markt geschaffen werden, der auf Angebot und Nachfrage basiert.

Zum Einsatz muß die kostengünstigste Energieform kommen, um insbesondere das zur Verfügung stehende Einkommen der Rentnerinnen- und Rentnerhaushalte zu entlasten.

Deutschland als rohstoffarmes Land darf sich keiner technischen Neuerung, gerade weil in Deutschland die sichersten Produkte mit den höchsten Standards hergestellt

werden, verschließen. Das Wissen und das Können unserer Ingenieure sind für unseren Wohlstand - auch im Alter - ausschlaggebend. Daher werden wir uns dafür einsetzen, daß Deutschland wieder ein technikfreundliches Land wird.

Verteidigungspolitik

Die Partei „Soziale Mitte“ anerkennt die Bündnisverpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland als Mitglied der NATO, soweit sie sich auf die Verteidigung von Mitgliedsstaaten gegen kriegerische Angriffe von fremden Ländern bezieht.

Die Bundeswehr ist nach unserer Auffassung eine reine Verteidigungsarmee und darf nur zur Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland eingesetzt werden.

Auslandseinsätze der Bundeswehr kommen nur im Falle eines bewaffneten Konflikts in Betracht.

Beschlossen in der Gründungsversammlung am 8. März 2009 in 51188 Wipperfürth-Lamsfuß, zuletzt geändert durch Beschluß der 1. Mitgliederversammlung am 5. September 2009 in 44265 Dortmund.

